

Politix

Politik Wissenschaft als Beruf

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien, 9, Währinger Straße 17

ipw

6/99

Inhalt

Thema:

Politik Wissenschaft als Beruf

4 Universitäten unter Rechtfertigungsdruck

Eva Kreisky

5 Berufsbild: Politologin

Redaktionsteam Politix

9 „Wirst’ dann Politiker?“

Gregor Matjan

11 Das Berufsprofil von PolitikwissenschaftlerInnen

Elisabeth Wolfruber

International

13 Stranger in Paradise

Christian M. Fell

14 „Preparing Women to Lead“

Christiane Chatzina kis-Bönsch

15 Zimbabwe: Auf den Fährten des Geschlechterdiskurses

Albert Kraler

17 Gastkommentar: Chile und die Ereignisse um den 11. September

Patrizia Glaninger-Winkler

Intern

19 Ärgernis oder Anregung?

Herbert Gottweis

20 Termine

21 Uni-Ranking: Nicht genügend!

Willi Mayer/Gerhard Stöger

23 Raum- und Telefonplan

24 Netzwerke zwischen AbsolventInnen und Institut

Helmut Szpott

26 Im Gespräch mit Oskar W. Gabriel

Maya Eichler

Trends

28 Losers of the Wende - Winners of the EU?

Wolfgang Gröger

29 da capo, ad hoc!

30 Europa zwischen Integration und Ausgrenzung

Elke Ziegler

31 femina politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft

Service

32 Parlamentsbibliothek

Patrizia Glaninger-Winkler

33 Bücher

34 Diplomarbeiten

36 Info

Editorial

Liebe LeserInnen

In den letzten Semestern hat sich am Institut für Politikwissenschaft einiges verändert -und zwar in vielerlei Hinsicht: Das Institut wurde renoviert und damit auch ein Leseraum für StudentInnen geschaffen, es gibt neue ProfessorInnen und LektorInnen, das Angebot an Vorlesungen und Seminaren wurde erweitert. Zu den Errungenschaften des Institutes zählt schließlich auch *Politix* als Kommunikationsforum für Studierende und Lehrende. Zudem wurde der AbsolventInnenverein „*Alumni Networks*“ ins Leben gerufen und beschlossen, ein Netzwerk zwischen den AbsolventInnen und dem Institut zu schaffen (vgl. den Beitrag von Helmut Szpott S. 24).

Das alles wurde trotz der bekannt prekären budgetären Lage der Uni generell und der Sozial- und Geisteswissenschaften im Speziellen vollbracht. Um so verwunderlicher scheint im Zusammenhang damit das Ergebnis des *Standard* Uni-Rankings, bei dem das Wiener Politikwissenschaftsinstitut bekanntlich den „*Schwarzen Peter*“ in Form des letzten Platzes zog. Doch der Blick ins Detail gibt Aufschluß über die eigenwillige Logik des Rankings. Die Umfrage ist aber auch Anlaß zur Reflexion (siehe die Beiträge von Herbert Gottweis S. 19; Willi Mayer/Gerhard Stöger S. 21).

Der **Schwerpunkt** dieser *Politix*-Ausgabe setzt sich mit der Frage nach den Qualifikationskriterien universitärer Ausbildung und nach dem Sinn, dem Nutzen und der Wertbarkeit des Studiums sowie mit dem Berufsbild PolitologIn auseinander (S. 4-12). Außerdem finden Sie in diesem Heft einen aktuellen **Gastkommentar** über Chile aus Anlaß der Verhaftung Pinochets in Großbritannien (vgl. den Beitrag von Patrizia Glaninger-Winkler S. 17).

Das Redaktionsteam freut sich wie immer über Ihre Beiträge, Kommentare, Anregungen und LeserInnenbriefe und wünscht eine angenehme und interessante Lektüre.

Ihr Redaktionsteam *Politix*

Wien, Jänner 1999

Impressum

Herausgeberschaft: Institut für Politikwissenschaft (ipw)
Medieninhaber, Verleger: ipw, 1090 Wien, Währinger Straße 17
Redaktionsteam: Birgit Appelt, Maya Eichler, Wolfgang Gröger, Martina Kargl, Max Oberbauer, Eva Kreisky, Luise Luksch, Brigitte Neichl, Birgit Sauer, Gabriele Schatzl, Beilinda Schneider, Helmut Szpott, Elke Ziegler
Redaktionskontakt: Birgit Sauer, ipw, 1090 Wien, Währinger Straße 17
T +43-1-4277-47712 F +43-1-4277-47719
email: birgit.sauer@univie.ac.at
Gestaltung: B. E. N. (Brigitte Neichl), 1150 Wien, bneichl@hotmail.com
Cover: Susanne Wegscheider
Herstellung: Selbstkopie
Auflage: 1800 Stück
Erscheinungsweise: 2x/Jahr
Offenlegung gem. §25 MedienG.: Medieninhaber: ipw, 1090 Wien, Währinger Straße 17
Vorständin: Univ. Prof. Dr. Eva Kreisky
Blattlinie: *Politix* informiert über institutsbezogene Aktivitäten sowie über aktuelle Entwicklungen in der Politikwissenschaft.

Universitäten unter Rechtfertigungsdruck

Ist „Berufsorientierung“ ein universitärer Qualitätsindikator?

Von Eva Kreisky

Die Effektivität der Universitäten und der Studienerfolg der AbsolventInnen wird nur noch als ökonomische Größe bestimmt - gemessen an der Zahl der „produzierten“ AbsolventInnen und der dafür verbrauchten Zeit. Gesellschaftliche Relevanz von Bildung wird ausschließlich wirtschaftlich bewertet. Diese strukturelle Einseitigkeit wird dadurch unterstrichen, daß in Österreich zwar die Aufgaben der Universitäten gesetzlich geregelt sind, die Pflichten „der Wirtschaft“ aber diffus und vor allem ungeregt bleiben.

Wenn aber Praxis auf bloße Berufsorientierung oder auf die Nachfrage (zur Zeit eher Nicht-Nachfrage) des Arbeitsmarktes jener Interessengruppen reduziert wird, die Forschungsergebnisse oder wissenschaftliche Qualifikationen kaufkräftig in Anspruch nehmen können, dann verkürzt sich Universität auf eine bloße Dienstleistungsfunktion für den Markt. Praxisorientierung bleibt auf soziales und technisches Verfügungswissen beschränkt, und die inhaltliche Bestimmung von Praxisrelevanz wird außeruniversitären gesellschaftlichen Machtgruppen überantwortet. Sie ist nicht mehr wissenschaftliches Ergebnis eigenständiger Problemanalysen.

Die Universitäten haben aber bekanntlich noch einen anderen Auftrag zu erfüllen, nämlich -

Der Wissenstransfer vom Studium zum Beruf wird in Österreich als *schiefe Bahn* in eine Richtung suggeriert: Das an Universitäten erworbene Wissen soll automatisch *ökonomisch* verwertbares Berufswissen produzieren, das zudem als alleinige „Bringschuld“ der Universitäten gilt.

in aller Regel recht wenig profitable - Leistungen für Staat und Gesellschaft zu erbringen. Sowohl die politische wie auch die zivile Gesellschaft bedarf des Know-hows der Universitäten, und sie haben ein Recht darauf. Die gängige interessenpolitische Steuerung der Universität, wie sie bislang über berufsständische und wirtschaftliche Machtgruppen erfolgte, ist deshalb demokratisch - d.h. auf „zivilgesellschaftliche“ Akteure - auszuweiten.

Ausbildung - ob an Universitäten oder Fachhochschulen - hat sich um gesellschaftliche Probleme zu organisieren, die mit Hilfe wissenschaftlicher Bearbeitung einer Lösung nähergebracht werden sollen. Zudem existieren eben auch keineswegs nur „marktfähige“ Berufsmuster. Universitäten haben daher auch für umfassendere gesellschaftliche Tätigkeitsfelder auszubilden. Ohne reflexive Kompetenzen bleibt auch alle praktische Bewährung nutzlos. Autonome wissenschaftliche Urteilsfähigkeit trägt nicht nur zur Aufklärung bei, sondern läßt auch gesellschaftliche, politische und

wirtschaftliche Verhältnisse beeinflussen.

Eine zentrale Schlüsselqualifikation universitärer AbsolventInnen liegt m.E. gerade in der institutionalisierten „Qual der Wahl“ oder, um mit Hannah Arendt zu sprechen, in der „Tyrannei der Möglichkeiten“. Genau dieses Umgehen können mit vielfältigen Möglichkeiten trainiert Flexibilität, Mobilität und Kreativität, wie sie in verschiedenen Tätigkeitsfeldern aktuell auch eingefordert werden.

Im Selbstverständnis der Politikwissenschaft wurden bislang PolitologInnen vor allem als „praktische Generalisten“ ausgebildet. Studierende der Politikwissenschaft empfanden sich in den vergangenen Jahrzehnten tendenziell eher „reformorientiert“, und sie erwarteten sich demgemäß vom Studium „Einsichten über gesellschaftliche Zusammenhänge“, damit sie zu „anstehenden gesellschaftlichen Veränderungen einen Beitrag leisten“ könnten. StudienanfängerInnen betrachteten Politikwissenschaft nur bedingt als

„karriereträchtig“. Sie erwarten vor allem auch Klarheit „über einen sinnvollen Lebensplan“. „Karriereorientierung“ stellte sich bei PolitikwissenschaftsstudentInnen in der Regel erst später ein, nämlich gegen Ende des Studiums (so die Ergebnisse unserer AbsolventInnenbefragungen 1989 und 1996). Zur Zeit stehen aber „Karrieren“ nicht mehr ohne weiteres offen, auf dem Arbeitsmarkt muß „gekämpft“ werden.

Die aktuellen gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen bedeuten auch, daß das Studium nur noch *eine* Größe im Leben der Studierenden bildet, zur anderen Größe wurde Erwerbstätigkeit. 45% unserer ErstsemesterInnen im WS 1997/98 waren in irgendeiner Form ständig erwerbstätig (siehe POWI-Panel in diesem Heft), 1995/96 waren es nur etwa 30%. Das hat Konsequenzen nicht nur für Lernorganisation, Kommunikationsformen und Zeitstrukturen des Studiums, sondern auch für Möglichkeiten der Verwertung und Aufarbeitung von Erfahrungen der Studierenden im Studienablauf. Studierende haben nämlich in beträchtlichem Ausmaß „Praxisphasen“ hinter oder auch neben sich.

Der postadoleszente, sinnsuchende Student ist längst nicht mehr alleiniger Adressat unseres Studiums.

Eva Kreisky

Institutsvorständin am ipw

Berufsbild: PolitologIn [politologi]

Was wir werden können,
nachdem wir etwas studiert haben,
mit dem man nichts werden kann

Die geringe gesellschaftliche Akzeptanz des Studiums der Politikwissenschaft liegt nicht zuletzt daran, daß die breite Öffentlichkeit über Inhalte und Ziele dieser Studienrichtung kaum informiert ist. Zunehmend ist es die Frage nach dem Berufsbild, das man mit der Studienrichtung Politikwissenschaft verbinden kann, die Zweifel an der Studienrichtung aufkommen läßt. Exemplarisch für dieses Berufsbild ist die Assoziation mit dem Beruf des PolitikerS. So entwickelt sich die mangelnde gesellschaftliche Phantasie bei der Berufszuordnung zu einem Studienfach wie der Politikwissenschaft recht häufig zum Vorwurf fehlender oder mangelhafter Berufsorientierung im Studium. Das *Standard*-Ranking ist ein gutes Beispiel dafür (siehe die Beiträge dazu in diesem Heft). Es ist u. a. dieser Blick, der die Politikwissenschaft auf die hinteren Ränge verwies. Nun kann man an der gesellschaftlich geforderten Berufsorientierung und -vorbereitung zweifeln und sich mit Recht beschweren, daß die Universität keine Anstalt ist, die Studierende allein in ein Berufsbild stanzt, sondern die auch wissenschaftliche Zugangsweisen in einem Fach vermittelt. Dennoch zeigt die neoliberale Forderung der Zurechtstutzung des Studiums auf

einen Beruf hin Wirkung - viele Studierende der Politikwissenschaft sind verunsichert und kommen unter Rechtsfertigungsdruck. Unsere Absicht ist es, durch die Präsentation von ausgewählten Lebensläufen, die Fülle von Möglichkeiten und Anforderungen des Berufslebens unserer AbsolventInnen aufzuzeigen, um ein authentischeres Bild von „*Politikwissenschaft als Beruf*“ in der Öffentlichkeit zu etablieren.

Wir möchten einen repräsentativen Querschnitt durch die diversen Bereiche, in denen PolitologInnen tätig sind, darstellen. Zu diesem Zweck haben wir auf eine vor einiger Zeit durchgeführte Erhebung der AbsolventInnen zurückgegriffen und einige davon ausgewählt. Diese Erhebung ergab, daß 22,5% der PolitologieabsolventInnen im öffentlichen Dienst tätig sind, 17,6% im Bereich Medien und Öffentlichkeitsarbeit, 9,8% in Parteien, 14,7% in Forschung und Lehre, 7,4% bei NGOs und 22,1% in der Wirtschaft (1).

Wir haben AbsolventInnen aus all diesen Bereichen gebeten, anhand einiger Fragen ihre Erfahrungen mit dem Studium und bei der Berufswahl zu schildern.

22,5% der PolitologieabsolventInnen sind im öffentlichen Dienst tätig, 17,6% im Bereich Medien und Öffentlichkeitsarbeit, 9,8% in Parteien, 14,7% in Forschung und Lehre, 7,4% bei NGOs und 22,1% in der Wirtschaft.

Die im folgenden zitierten Personen sind: **Sebnem Kavcar**, Leiterin der Revision + Financial Controller Credit Lyonnais Bank und Mutter von zwei Kindern; **Andy Kaltenbrunner**, Chefredakteur von *profil extra* und Lehrbeauftragter in Wien; **Birgit Fenderl**, Redakteurin ZiB 2, Moderatorin ZiB 3; **Herbert Denk**, Konzernsprecher und Leiter der Pressestelle von Philips Österreich; **Johannes Pollak**, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften; **Karin Grundböck**, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit im BM für Finanzen; **Christine Lapp**, SPÖ-Gemeinderätin; **Carin Danieli Ramirez-Schiller**, stellvertretende Leiterin des Sokrates-Büros; **Lothar Lockl**, Sprecher der Umweltorganisation Global 2000; **Maria Rösslhumer**, Verein der autonomen österreichischen Frauenhäuser.

Die Bereitschaft der AbsolventInnen, über ihre Studien- und Berufserfahrung zu berichten, war groß. Wir haben an ausgewählte AbsolventInnen vier Fragen versandt, die sie beantworten sollten. Im folgenden bringen wir Textausschnitte aus den Darstellungen der AbsolventInnen.

1

Politix: *Welche Motivationen gab es für Sie, Politikwissenschaft zu studieren?*

Johannes Pollak: - da ich weder Frösche noch Menschen sezieren wollte, war ein weites Feld der Naturwissenschaften von Beginn an ausgeschlossen; - aufgrund eigener Unentschlossenheit hatte ich zugleich Jus inskribiert - die zwischenmenschliche Atmosphäre am Juridikum hat mich allerdings bereits nach zwei Mona-

ten von der Unmöglichkeit dieses Vorhabens überzeugt; - das einzige, was ich wußte, war, daß ich etwas mehr über die Organisation und Verfaßtheit von Gesellschaften lernen wollte - ein erster Weg dorthin führte für mich über die Philosophie. Politikwissenschaft war für mich lediglich ein notwendiges Übel im kombinationspflichtigen Studium. Irgendein Berufsbild gab es zu dieser Zeit für mich überhaupt nicht, allerdings auch keine materiellen Sorgen.

Ein Schlüsselerlebnis war für mich die Einführungsverlesung in die Politische Ideengeschichte. Philosophie, Theorie, Geschichte - das war der Bereich, den ich sexy fand, und genau da wollte ich mehr wissen. Sehr schnell wurde Politikwissenschaft so zu meinem Erstfach. Irritierende Anfragen meiner Studienkollegen, was man denn damit „nachher“ machen könne, wurden selbstsicher mit dem Verweis auf die nicht berufsbildende sondern persönlichkeitsbildende Funktion eines Studiums abgeschmettert.

Birgit Fenderl: Genauso wie diesen Kurs an der Sorbonne hatte ich mir das vorgestellt - Daten, Facts und Analyse, um endlich mehr von Politik zu verstehen. Ganz klar, daß ich dann in Wien im Hauptfach Politikwissenschaften inskribiert habe. Der anfänglichen Begeisterung folgte allerdings bald Ermüchterung: Massenbetrieb - ein ziemlich chaotisches Institut (...) und das Gefühl, mehr oder weniger wahllos von allem etwas zu lernen, ohne sich wirklich profundes Fachwissen anzueignen.

Maria Rösslhumer: Sozialarbeit und die damit zusammenhängenden gesellschaftspolitischen Defizite weckten mein Interesse an

Politik - vorerst waren es hauptsächlich tagespolitische Themen. Medienberichte und vor allem die innenpolitischen Veränderungen ab Mitte der achtziger Jahre trugen zu meiner Politisierung bei. Durch den freien Hochschulzugang in Österreich bin auch ich in den Genuß gekommen, im Alter von 32 Jahren ein Studium beginnen zu können. Obwohl allgemein als Selbstverständlichkeit angenommen, habe ich den Universitätsbesuch stets als Privileg betrachtet.

2

Politix: *Hatten Sie zu Beginn Ihres Studiums konkrete Vorstellungen über Ihre zukünftige Berufswahl, und inwiefern haben sich diese im Laufe des Studiums verändert?*

Lothar Lockl: Da ich bereits zu Beginn und dann während des Studiums bei GLOBAL 2000 engagiert war, hatte ich schon von Anfang an relativ klare Vorstellungen über mein berufliches Betätigungsfeld nach Beendigung des Studiums. Mein primäres Interesse lag im Bereich von Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs), die außerhalb des klassischen, etablierten politischen Spektrums stehen.

Sebnem Kavcar: Ich wollte nach dem Studium die akademische Karriere wählen, unbedingt an einer Universität unterrichten. Diese Vorstellung hatte sich eigentlich sehr lange gehalten und wäre auch in Erfüllung gegangen, wenn ich nicht aufgrund bestimmter privater Ereignisse in Österreich hätte bleiben müssen.

Maria Rösslhumer: Politikwissenschaft als Hauptfach zu wählen, war keine eindeutige Ent-

scheidung, es war vielmehr ein Hineinwachsen in diese Disziplin. Die Möglichkeit der Fächerkombination, also Politikwissenschaft in Verbindung mit anderen Studienrichtungen wie Geschichte, Ethnologie und Frauenforschung zu setzen, erleichterte meine Wahl und stellte eine zusätzliche wichtige Bereicherung für mich dar. Wirklich überzeugt davon, die richtige Entscheidung getroffen zu haben, wurde ich durch die interessanten Seminarangebote zu Frauen- und Geschlechterforschung.

3

Politix: *Inwieweit ist das politikwissenschaftliche Studium für ihre derzeitige berufliche Tätigkeit von Nutzen?*

Christine Lapp: Es war nur selten stures Auswendiglernen angesagt, sondern das Ergreifen von Zusammenhängen und deren wissenschaftliche Beschreibung galten als Maximum im Lehrbetrieb. So konnte ich nach dem Studium zwar kein „Handwerk“ und keine Berufsbezeichnung nachweisen, aber dennoch als Generalistin auf verschiedene Fähigkeiten verweisen.

Karin Grundböck: Im Nachhinein betrachtet bietet das Studium der Politikwissenschaft nicht nur fachliche Qualifikationen, sondern auch die Aneignung von sogenannten Schlüsselqualifikationen: es gibt wohl kaum ein Seminar, wo nicht der harte Weg über Gruppenarbeiten (Teamfähigkeit) zur Seminararbeit führt. In diesen Arbeitsgruppen werden im Vorfeld unterschiedliche Fragestellungen und Thesen (Argumentation) diskutiert, oft müssen widersprüchliche Meinungen in Einklang gebracht werden (Moderation und Konsensfindung). Neben dem

Verfassen einer möglichst strukturierten Arbeit (konzeptives Arbeiten mit abstrakten Inhalten) muß zumeist ein Referat (Kommunikationsfähigkeit) gehalten werden. Ein sogenanntes „Massenstudium“ fordert zudem persönlichen Einsatz und Interesse, ein gewisses Maß an Disziplin und Selbstorganisation. Bei meiner jetzigen Tätigkeit kommt mir, neben den bereits beschriebenen Qualifikationen, vor allem die Fähigkeit, „politisch zu denken“ zu Gute.

Herbert Denk: Kann ich etwas aus meinem Studium gebrauchen? Inhaltlich kaum - das hat nur mehr im Privatleben Platz. Aber etwas ist auch in diesem Job sehr notwendig: analytisches Denken, das Abschätzen von Informationen und das Ziehen der richtigen Schlüsse, das Suchen nach Informationen und das entsprechende Aufbereiten. Das zu beherrschen, habe ich während des Studiums gelernt.

Andy Kaltenbrunner: Wenigstens in jenen Medien, die sich mit dem Anspruch journalistischer Qualität am heimischen Markt präsentieren, hilft es Journalisten, sich mit österreichischer politischer Geschichte auseinandergesetzt zu haben, demokratiethoretische Überlegungen in Rastern von Werten und Normen einordnen zu können - und letztlich bei Recherchen zu wissen, in welchen Archiven und welcher Literatur, Informationen und neue Erkenntnisse zu gewinnen wären.

Maria Rösslhumer: Die Beschäftigung in einer Frauenorganisation bedeutet zugleich eine ständige Auseinandersetzung mit Begrifflichkeiten wie Feminismus, Parteilichkeit, Autonomie und Gender. Die Mitarbeit in einer NGO erfordert das Aneignen eines spezifischen Fachwissen und dies

wiederum bietet die Möglichkeit für Vortragstätigkeiten als Referentin. Das angeeignete theoretische Wissen aus dem Studium Politikwissenschaft ist mir bei der jetzigen Berufstätigkeit besonders hilfreich.

Christine Lapp: Qualitäten wie vernetztes Denken, Kombinations- und Kommunikationsfähigkeit sind sicherlich charakteristisch für das Studium der Politikwissenschaft und erweisen sich auch im politischen Alltag als unverzichtbar.

Carin Daniela Ramírez-Schiller: Der Nutzen des Politikwissenschaftsstudiums für meine derzeitige berufliche Tätigkeit ist die Art und Weise, wie man an Dinge herangeht, die Flexibilität und Offenheit für andere Denkweisen, die Fähigkeit, Problemlösungsansätze zu entwickeln und selbständiges (wissenschaftliches) Arbeiten zu erlernen.

Lothar Lockl: Der Nutzen meines Studiums ist in meinem Beruf, bei dem ich ständig mit Auseinandersetzungen über politische Entscheidungsprozesse konfrontiert bin, ausgesprochen hoch. Meine Studienzeit liefert mir das notwendige theoretische Rüstzeug, um mich in der Praxis des „politischen Institutionendschungels“ zurechtzufinden. Diesen „Startvorteil“ haben Politologen, die auch nach ihrem Studium politisch tätig sind, gegenüber anderen Berufsgruppen, die sich das entsprechende Wissen erst im Verlauf ihrer politischen Tätigkeit mühsam erarbeiten müssen, voraus. Im Gegenzug bin ich der Ansicht, daß es für Studenten unbedingt notwendig ist, sich neben dem Studium ein berufliches „Praxis-Standbein“ aufzubauen.

4

Politix: Welche zusätzlichen Faktoren, wie z.B. Berufserfahrung während/vor dem Studium, denken Sie, waren für Ihre Berufswahl und bei der Berufsfindung ausschlaggebend?

Herbert Denk: Studieren allein war allerdings nicht alles, was mich reizte: Arbeiten, aber nach Möglichkeit gleich in den relevanten Bereichen - als Journalist - war angesagt. Als Volontär und freier Mitarbeiter bei *Kurier*, *Wiener Zeitung* und einem Fachzeitschriftenverlag, als Chefredakteur für eine Zeitschrift für internationale Politik, daneben noch irgendwann Leiter eines Referats der HochschülerInnenschaft - das war der finanzielle und Erfahrungshorizont, der das Studium ergänzte.

Birgit Fenderl: Daß mich das Studium allein aber nicht zu den erfreulichsten Jobperspektiven führt, war mir ziemlich bald klar, und so habe ich mich dann nach vielen erfolglosen Versuchen, erst beim Standard und dann dank eines Assessmentcenters im ORF, um Praxis bemüht. Aus dem Praktikum wurde schließlich freie Mitarbeit in der damaligen Minizib und schließlich mein jetziger Job, zuerst als Reporterin in der ZiB 1, später ZiB 2 und seit Jänner als Moderatorin der ZiB 3.

Das Redaktionsteam

(1) Hans-Georg Heinrich/Gregor Matjan/Birgit Weiss: Glückliche PolitologInnen? Bericht über eine empirische Untersuchung unter Wiener AbsolventInnen, in: ÖZP 1996/1, S. 67-79.

LiteraturTips

von AbsolventInnen des Instituts

„Drogengeschäft und Drogenkrieg Politische Ökonomie der andinen Kokainproduktion in Lateinamerika“ **Maria Mittermayer** beschreibt in ihrem 1998 beim *Verlag Peter Lang* erschienenen Buch die Abhängigkeit südamerikanischer Bauern von den Marktchancen der Kokapflanze. Die Geschäfte der Drogenkartelle entscheiden über das Schicksal ganzer Regionen. Außerdem untersucht die Autorin die Bedeutung des US-Drogenkrieges in Kolumbien.

„Frauenemanzipation in revolutionären und militärischen Kontexten

Aspekte der Geschlechterverhältnisse am Beispiel eritreischer EPLF-Kämpferinnen (1988-1992)“ **Claudia Schamanek** möchte in ihrem 1998 bei *AFRO-PUB* erschienenen Buch die konzeptionelle Hürde, die Frauen nicht zugestehen will, aus subjektiven Motiven politisch zu handeln und zu kämpfen, überwinden. Sie beschreibt dabei sowohl eritreische Freiheitskämpferinnen, als auch „zivile“ Frauenorganisationen u.a. anhand der Themenfelder Nationalismus, Überlebenskampf, Illegalität und Gefangenschaft.

„Die FPÖ und die Frauen“

Noch vor wenigen Jahren war die FPÖ eine reine Männerpartei. Seit kurzem versucht sie, die Stimmen der Frauen zu gewinnen. Was ist davon zu halten? Was denken FPÖ-Politikerinnen über Frauen und Frauenpolitik? Diesen Fragen geht **Maria Rösslhumer** in ihrem Buch nach (Erscheinungstermin voraussichtlich 1998 bei *Döcker*).

Politix möchte - wie bereits in den vorangegangenen Ausgaben - seine LeserInnen mit Diplomarbeiten von PolitologInnen des Wiener Instituts bekannt machen, die in Buch- oder Broschürenform erschienen sind. Wir möchten auch Sie bitten, uns auf Veröffentlichungen aufmerksam zu machen. Schicken Sie einfach eine kurze Inhaltsangabe an das:

**ipw, 1090
Wien, Währinger
Straße 17,
Redaktion
Politix.**

„Wirst’ dann Politiker?“

Von Gregor Matjan

Anlaß genug, um in diversen Studien immer wieder die Berufssituation und Berufsvorstellungen von PolitologInnen zu hinterfragen. So wurde 1994/95 eine ausführliche AbsolventInnenstudie erstellt, und derzeit befindet sich mit dem Powi-Panel (s. *Politix 4*) ein Projekt im Lauf, das die Studiensituation in der Politikwissenschaft von Beginn über das Ende des Studiums hinaus beleuchten soll.

Kein klares Berufsbild

Immer noch gilt, daß es kaum möglich ist, sich nach vollendetem Studium als „Politologe/in“ zu definieren. Die Berufswelt kennt diese Kategorie – außer im Bereich der Forschung – nicht. Bis 1995 galt, daß aus einem knappen Viertel PolitologInnen MitarbeiterInnen des öffentlichen Dienstes wurden, also eine Beamtenkarriere einschlugen. Mit dem Aufnahmestop hat sich die Situation dramatisch gewandelt. Die befragten Erstsemestrigen kommen schon gar nicht mehr mit einer entsprechenden Erwartung ins Studium, nur für 2,5% wäre der öffentliche Dienst das Karriereziel. Dagegen hat sich ein anderer Sektor in den letzten Jahren weit geöffnet – die EU. Während 1995 erst 3% der AbsolventInnen im internationalen Bereich tätig waren, hat sich diese Zahl und damit auch die Erwartung deutlich erhöht. Über ein Viertel der Erstse-

Wer von uns ist nicht schon unzählige Male mit dieser Frage konfrontiert worden? Doch eine konkrete Vorstellung davon, was denn ein/e Politologe/in so alles macht, ist nicht nur Unbeteiligten fremd – selbst die Studierenden des Faches hüllen sich oft in verlegenes Schweigen, wenn es um ihre Jobpläne geht. Schließlich studieren sie ja vor allem aus Interesse am Fach.

mestrigen wünscht sich einen Job in der EU oder in internationalen Organisationen.

Konstant wichtig als Berufsfeld bleiben hingegen die Medien bzw. der Bereich Öffentlichkeitsarbeit. Waren 1995 rund 18% der AbsolventInnen in diesem Bereich tätig, so streben heute 28% der Erstsemestrigen einen entsprechenden Job an. Die Kombination Politikwissenschaft/Publizistik besitzt immer noch eine magische Anziehungskraft, und der momentan expandierende Medienmarkt sorgt auch für eine entsprechende Nachfrage.

Der politische Bereich, also vor allem Parteien, aber auch NGOs und zivile Vereine deckt ebenfalls einen bedeutenden Teil des Berufsfelds ab (17%). Politologische Expertise (Politikberatung) wird immer mehr nachgefragt, was nicht automatisch eine PolitikerInnenkarriere bedeutet, diese aber auch nicht ausschließt, wie prominente Beispiele zeigen. 15% blieben mit ihrer

Laufbahn im Bereich Forschung und Lehre, wobei die außeruniversitäre Schiene überwiegt. Damit zeigt sich, daß sich Politikwissenschaft nicht ausschließlich über akademischen Nachwuchs selbstreproduziert, sondern sehr wohl für den Arbeitsmarkt ausbildet. Als klares Berufsziel wird die Wissenschaft auch nur von 7% der Erstsemestrigen ins Auge gefaßt. Der Rest der AbsolventInnen verteilt sich über alle möglichen öffentlichen und privaten Felder, von EDV bis Kultur, von Kammern bis zur Werbung.

Auffällig bei den Erstsemestrigen ist ein starkes Bedürfnis nach einer unentfremdeten Tätigkeit wie z.B. das Dasein als SchriftstellerIn (8%). Nichtsdestotrotz setzt sich im Verlauf des Studiums eine aktive Berufsorientierung durch, die sich den Erfordernissen des österreichischen Akademikerarbeitsmarktes anpaßt.

Das Arbeiten nebenbei ist für rund die Hälfte der Studierenden notwendig und wichtig, um Netzwerke für den späteren Einstieg zu knüpfen.

Ein nicht unerheblicher Teil nützt diese Netzwerke schon vor Ende des Studiums und bildet so jenen Teil der „glücklichen StudienabrecherInnen“ (Prof. Langenbacher, Universität Wien) unter den Drop-Outs.

Selbstqualifikation als Schlüssel

Von jenen, die das Studium erfolgreich abgeschlossen haben, geben je die Hälfte an, ihren Job wegen bzw. trotz des Politikwissenschaftsstudiums bekommen zu haben. Die positiven Qualifikationen, die das Studium vermitteln konnte, lagen in erster Linie im Bereich Arbeitstechniken (*skills* wie eigenständiges, schnelles Einarbeiten in neue Materien, recherchieren, Texte verfassen) sowie konzeptuelle Kompetenz und Auffassungsgabe („richtige“ Fragen stellen, Fach- und Grundlagenwissen, interdisziplinäres Denken). Weniger profitiert haben die AbsolventInnen jedoch bei den Vermittlungs-, Präsentations- und Organisationstechniken (Führungsqualität, Moderation) sowie bei den sozialwissenschaftlichen Methoden. Die andere Hälfte gab an, im wesentlichen durch Eigeninitiative, Zusatzqualifikationen (Sprachen, EDV, Statistik), frühen Berufseinstieg schon während des Studiums und durch persönliche Kontakte zu ihrem Job gekommen zu sein.

In der Regel liegt zwischen dem Studium und dem Job eine Phase des „grauen Arbeitsmarktes“, d.h. der freiberuflichen Beschäftigung in Projekten oder bei diversen Aufträgen.

Vor allem DissertantInnen harren oft in einer Warteposition, bis sich entsprechende Stellen in der Forschung oder in den Institutionen auftun.

Ist der Job jedoch einmal gefunden, so erweisen sich die Anstellungsbedingungen als durchaus positiv. Das Durchschnittsgehalt der AbsolventInnen lag bei rund 20.000.- netto, die Zufriedenheit mit Job und Karriere erwies sich als extrem hoch. Immerhin 68% gaben an, in ihrer Tätigkeit einen politischen Bezug zu sehen.

Für die Zukunft läßt sich aus der Studie ableiten, daß persönliche Motivation, Eigeninitiative, geistige Flexibilität und Mobilität (Auslandsaufenthalte!) an Bedeutung gewinnen werden.

So sehr die suboptimalen Studienbedingungen auch Probleme mit sich bringen, fördern sie doch eine Form der Selbstqualifikation, die verschultere Studien nicht ermöglichen. Entscheidend bleibt in den meisten Fällen die Fähigkeit, aus dem Studium der Politikwissenschaft etwas zu machen, d.h. klare

Vorstellungen und Interessen mit entsprechender Ausnutzung der Möglichkeiten, die das Studium bietet, zu verbinden.

Gregor Matjan
Lektor am ipw

Was Sie schon immer über Politikwissenschaft lesen wollten, lesen Sie jetzt in **Politix**

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft Wien.

Das Berufsprofil von PolitikwissenschaftlerInnen

Ein Projektbericht des Salzburger Instituts für Politikwissenschaft von Elisabeth Wolfgruber (1)

Zur Praxisrelevanz universitärer Ausbildung

Universitäts- und Studienreform werden unter diesem Gesichtspunkt betrieben. Für die einzelnen Studienrichtungen bedeutet dies, in viel deutlicherem Ausmaß als bisher die Verknüpfung zwischen Ausbildung und Beruf sicherzustellen. Ziel des Projektes "Das Berufsprofil von PolitikwissenschaftlerInnen" war es daher, einerseits die Berufs- und Tätigkeitsfelder von PolitikwissenschaftlerInnen zu untersuchen und andererseits darauf aufbauend, ein Anforderungsprofil zu erstellen, das festhält, welche Qualifikationen PolitologInnen aufweisen müssen, um im Arbeitsleben erfolgreich bestehen zu können. Die Studie beschäftigte sich daher 1.) mit DiplomandInnen bzw. DissertantInnen, 2.) mit bisherigen AbsolventInnen sowie 3.) mit potentiellen ArbeitgeberInnen des privaten wie öffentlichen Sektors.

Wir haben in der Studie quantitative und qualitative Befragungstechniken kombiniert. Das Hauptaugenmerk lag auf der Entwicklung von standardisierten Fragebögen für die drei definierten Zielgruppen. Die Ergebnisse der standardisierten Erhebung wurden ergänzt um halbstandardisierte Interviews, die mit ausgewählten VertreterInnen der genannten Zielgruppen geführt wurden.

An die Universitäten wird - nicht zum ersten Mal - die Forderung herangetragen, die Praxisrelevanz ihrer Bildungs- und Ausbildungsangebote zu prüfen.

Zur Situation unserer AbsolventInnen – ausgewählte Daten der Untersuchung

Bisher hatten unsere AbsolventInnen wenig bis keine Probleme, eine Arbeit zu finden. Vor dem Hintergrund ihrer bisherigen beruflichen Tätigkeit beurteilen knapp 40% der befragten AbsolventInnen die politikwissenschaftliche Ausbildung als sehr gut bis gut; weitere 28% sprechen diesbezüglich von einer befriedigenden Ausbildung. Nichtsdestotrotz ergab die Untersuchung, daß unsere AbsolventInnen in fast allen Ausbildungsbereichen – vor allem Praxisorientierung, Lehrveranstaltungsangebot und Schwerpunktbildung – Verbesserungen und Reformen für notwendig halten. 48% der befragten AbsolventInnen würden das Studium der Politikwissenschaft bedenkenlos weiterempfehlen. Dies hängt mit tendenziell positiven Erfahrungen am Arbeitsmarkt zusammen. Immerhin gaben 62% der Befragten an, ihre Berufswünsche und -erwartungen in hohem bis sehr hohem Ausmaß realisiert zu haben. Ein Viertel hat dies in zumindest ausreichendem Ausmaß geschafft, während 14% ihre Berufswünsche in nur genügendem

bis ungenügendem Ausmaß verwirklichen konnten.

Anforderungen privater und öffentlicher Unternehmen als ArbeitgeberInnen

- ⇒ Beim **Erstkontakt** zwischen potentiellm/r ArbeitgeberIn und BewerberIn wurden als zentrale Kriterien die Selbstdarstellung im Gespräch, Rhetorik und Kommunikationsfähigkeit, die Breite der Ausbildung, die Professionalität der Bewerbungsunterlagen sowie das äußerliche Erscheinungsbild genannt.
- ⇒ Die Universitäten sollen zum einen eine **fundierte fachliche Ausbildung** garantieren, zum anderen **Schlüsselqualifikationen** vermitteln. Die Unternehmen erwarten von zukünftigen MitarbeiterInnen u.a. Eigenschaften wie Flexibilität, Selbständigkeit, Teamfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit, Kollegialität, Durchsetzungsvermögen. Das zielt z.T. auf Führungsqualitäten, z.T. auf Integrationsfähigkeit in einen bestehenden MitarbeiterInnenstab ab.

⇒ Der **Praxisbezug** ist in jedem Fall zu verstärken. Sowohl die GesprächspartnerInnen aus der Privatwirtschaft wie jene aus dem öffentlichen Bereich verlangen zwingend längere Praktika. Auch sollten die Universitäten generell stärker mit dem privaten wie öffentlichen Sektor kooperieren. AkademikerInnen sollten zusätzlich so früh wie nur möglich Kontakte zu öffentlichen wie privaten Unternehmen suchen.

⇒ Einhellig wird von den InterviewpartnerInnen die Meinung vertreten, daß **eine Ausdehnung der Studiendauer nicht wünschenswert** ist. Die Universitäten müssen sowohl organisatorisch als auch inhaltlich sicherstellen können, daß ein Studium in einem vertretbaren Zeitrahmen absolviert werden kann.

Berufsorientierte Studiengestaltung seitens der Studierenden

Obwohl die Befragung privater wie öffentlicher Unternehmen bestätigte, daß die Schwerpunktbildung während des Studiums, die Wahl der Praktikumsstelle und die Themenwahl bei der Abschlußarbeit erheblichen Einfluß auf spätere Berufschancen haben, zeigt die Erhebung unter unseren **DiplomandInnen und DissertantInnen**, daß Entscheidungen hinsichtlich Schwerpunktbildungen, Praktikum und Abschlußarbeit viel zu wenig berufsorientiert erfolgen. Aber auch unsere zukünftigen

AbsolventInnen wissen, daß eine frühe Kontaktaufnahme zu potentiellen ArbeitgeberInnen wichtig ist, und plädieren daher für ein längeres Praktikum und für eine Verstärkung des praxisorientierten Angebots in der universitären Ausbildung.

Berufsorientierte Studiungsangebote seitens der Universitäten

Die Neugestaltung der Studienpläne im Zuge der Universitäts- und Studienreform ist ein optimaler Zeitpunkt, Aspekte der fundierten fachlichen und gleichzeitig auch bedarfsorientierten Ausbildung der Studierenden aufzugreifen: Im Sinne der **Praxisorientierung** sind die Kontakte des Instituts zu öffentlichen wie privaten Stellen im Rahmen der Forschung und Lehre auszubauen; das in Salzburg verpflichtende Praktikum (dient der Konkretisierung der Berufsvorstellungen unserer AbsolventInnen und erleichtert später eine erfolgreiche Integration der PraktikantInnen in den Arbeitsmarkt) sollte von derzeit einem Monat auf mindestens zwei Monate verlängert werden.

Hinsichtlich der **Fachausbildung** sollte zum einen eine relativ breit angelegte Grundausbildung angeboten werden, zum anderen sollte Spielraum für individuelle Schwerpunktsetzungen vorhanden sein; es sollten die Auslandsaufenthalte der Studierenden forciert und Englisch stärker in die Lehre integriert werden; jenen Studierenden, die insbeson-

dere in der Privatwirtschaft Fuß fassen wollen, ist zu empfehlen, sich Grundkenntnisse in der Ökonomie und in den Rechtswissenschaften anzueignen (Wahlfächer). Auf **didaktischer Ebene** sollten Projekt- und Teamarbeiten forciert betrieben werden; der Schulung von Rhetorik und Kommunikationsfähigkeit und besonders der Vermittlung von Moderations- und Präsentationstechniken ist ein höherer Stellenwert einzuräumen.

Elisabeth Wolfgruber
VAss am ipw Salzburg

Kontakt- und Bezugsadresse des Projektbereichs:
VA ss. Mag. Dr. Elisabeth Wolfgruber
Universität Salzburg
Institut für Politikwissenschaft
Rudolfskai 42, 5020 Salzburg
T: 0662-8044-6612, F: -413
email:
elizabeth.wolfgruber@sbg.ac.at

(1) **Das AutorInnenteam:** Birgit Huber, Andreas Grlinger, Ulrike Hummelbrunner, Margit Jochum, Harald Martebrauer, Barbara Morino, Armin Mühlböck, Claudia Pointinger, Christian Thaller und Elisabeth Wolfgruber. Verantwortliche koordinative Leitung und Endredaktion: Elisabeth Wolfgruber.

Die Neugestaltung der Studienpläne im Zuge der Universitäts- und Studienreform ist ein optimaler Zeitpunkt, Aspekte der fundierten fachlichen und gleichzeitig auch bedarfsorientierten Ausbildung der Studierenden aufzugreifen.

Stranger in Paradise

Von Christian M. Fell

Zu selten kommt diese Wetterlage vor, um von der dort heimischen Spezies wahrgenommen zu werden. Auch ich erinnere mich lieber an die 36°, die mich Mitte November - ehrenwörtlich mit Skripten bewaffnet - an die *Goleta Beach* lockten. Und ich hätte bestimmt auch viel gearbeitet, wäre da nicht diese reizende persische Familie gewesen, die partout ihre eben gegrillten Hamburger mit mir teilen wollte. So ist also alle zehn Wochen "cramming" (näherungsweise mit "Kampfstücken" einzu-deutschen) angesagt. Abends in der mehrstöckigen Bibliothek, von der man übrigens einen tollen Ausblick hat, bietet sich dann ein seltsames Bild: StudentInnen, wahrhaft zuhauf, lungern, kauern auf und rutschen gelegentlich übermüdet von den zu bequemen Sitzgelegenheiten, mit ihnen Berge von halbverdauter Literatur. Deshalb wird mir schon beim ersten Test der Vorlesung „*cultural difference*“ von Prof. Hatch klar, daß es mit dem mir oft berichteten, von österreichischen Lehrenden beinahe vorgeworfenen Ehrenkodex amerikanischer Studierender auch nicht so weit her ist. Nie sah ich mehr in Mikroschrift bekritzelte Hände und andere abenteuerliche Behelfe, während unser-eins mit dem ehrlichen Ringen um Lücken kaschierende Formulierungen in zunächst doch fremder Zunge beschäftigt ist. Was soll's, wäre ich nicht ein braver Student, wäre ich wohl nicht hier in Santa Barbara, das mir zunächst nur als

Wenn man bei 15° im Regen durchwegs kurzbehosten Jünglingen mit wohltrainierten Oberarmen begegnet, weiß man, man befindet sich auf einem Campus in Südkalifornien.

Wohnort von Michael Jackson und Co. bekannt war. Kann so schlecht nicht sein, mag man meinen, das wäre aber gelinde gesagt untertrieben, denn diese Uni ist vielleicht das studentische Paradies schlechthin. Unzählige Freizeitmöglichkeiten, nahe Gebirge, Canyons und eine sympathisch „europäische“ Stadt mit Cafés (!) und Sehenswürdigkeiten, die mehr als 150 Jahre alt sind, lassen das „übliche“ Straßendorffeeing nicht aufkommen. Sogar ein Programm-kino konnte ich ausmachen, wo sich gestandene Amis tatsächlich fremdsprachige Filme mit Untertiteln ansehen. So betrachtet, ist Santa Barbara sicher untypisch, doch wen kümmert's? Muß ich unbedingt nach Berkeley, fahre ich die 500 km auf dem grandiosen Highway 1 und überzeuge mich von der Unrichtigkeit des Vorurteils, daß der Name für Qualität bürgt. Das gilt nämlich - wie mir eingeborene AbsolventInnen versicherten - nur für die *Graduate Students* (mit Bachelor), während die Vorlesungen für *Undergraduates* - d.h. für fast alle Austauschstudios - genauso überlaufen, gut oder schlecht sind wie anderswo, sagen wir in Santa Barbara. Dennoch landete in den beiden letzten Jahren nur eineR von 31 StudentInnen ebendort. Und siehe da - mittlerweile brüstet man sich auf der UCSB-Homepage damit, in

einem Uni-Test auf Platz 2 aller öffentlichen Hochschulen gereiht worden zu sein. Das verdankt man - wie ich vermute - vor allem den Technikern, die erst neulich irgend einen genialen blauen Laser erfunden haben. Die PolitologInnen hatten mit Frank Gibney immerhin einen führenden Asien-Experten. Einmal durfte ich dem liebenswerten Greis lauschen. Heute schreibt er nur mehr gelegentlich für die *Times*, ansonsten gibt es einen nicht uninteressanten Mix vom Chinakenner Prof. Liu bis zum sehr amerikanisch-„realistischen“ Prof. Cohen aus Princeton.

Als Fazit eines sehr prägenden Jahres kann ich keinen Grund sehen, daheim zu bleiben. *Satisfaction guaranteed!*

Christian M. Fell

Student der Politikwissenschaft

Info über Joint Study-Programme:

Büro f. int. Beziehungen, Dr.

Nourou

Über UCSB im Internet:

www.ucsb.edu

Bei Christian M. Fell: e-mail:

cmfell@hotmail.com

„Preparing Women to Lead“

Starthilfen für den weiblichen Führungsnachwuchs von Christiane Chatzinakis-Bönsch

Preparing Women to Lead wurde an der Technischen Universität Berlin unter der Leitung von Barbara Schaeffer-Hegel entwickelt. Das Projekt will junge Frauen auf die Übernahme von Führungsverantwortung vorbereiten. Es wird von der Europäischen Kommission im Rahmen des 4. Aktionsprogramms zur Chancengleichheit von Frauen und Männern und in Österreich von der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz gefördert. Das Projekt ist an das Institut für Politikwissenschaft angebunden, verantwortliche Projektleiterin in Österreich ist Sieglinde Rosenberger.

Aktuelles aus dem österreichischen Projektbüro

Als Teilnehmerin des ersten Jahres habe ich im Oktober 1998 die österreichische Projektorganisation übernommen. Das Projektbüro „Preparing Women to Lead“ ist am Institut für Politikwissenschaft eingerichtet.

Das Projektteam sieht seine Funktion u.a. in der Vorarbeit für die Entwicklung möglicher Folgeprojekte. Wir freuen uns, wenn interessierte Frauen uns ihre Wünsche und Anforderungen an Projekte, die Frauen auf die Übernahme von Führungsverantwortung vorbereiten, mitteilen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, sich für den dritten Projektdurchgang 2000 vormerken zu lassen.

Ende Mai 1998 wurde der erste Durchgang von „Preparing Women to Lead“ erfolgreich abgeschlossen. Für die acht österreichischen „Pionierinnen“, die von Eva Kreisky und Sieglinde Rosenberger betreut wurden, hat die Herausforderung begonnen, die gemachten Erfahrungen ins Berufsleben zu integrieren.

Fast zwei hundert Anfragen wurden bisher an das Projektbüro gerichtet. Am 30. November 1998 endete die Bewerbungsfrist für „Preparing Women to Lead“ 1999. Sechs österreichische Teilnehmerinnen werden in einem Assessment-Center am 18. Dezember ausgewählt. Im Jänner 1999 beginnt für sie und 25 andere Frauen aus Deutschland, Belgien und den Niederlanden der erste Teil des Projekts, eine zweiwöchige Seminareinheit in Berlin.

Internship und Mentoring

Das Projektdesign umfaßt neben Seminaren und Trainings ein dreimonatiges Internship im Ausmaß von 30-40 Wochenstunden bei einer erfahrenen Führungsfrau in Politik, Wirtschaft oder öffentlicher Verwaltung in Österreich. Die Teilnehmerin arbeitet sich in eine Institution ein, die mit ihrer Qualifikation und ihren Karrierevorstellungen weitgehend übereinstimmt. Sie kann Kontakte

und Netzwerke in diesem Bereich aufbauen.

In einer Mentoring-Beziehung übernimmt die Frau in Führungsposition (Mentorin) Vorbild- und Beratungsfunktion für die Teilnehmerin (Mentee), die so ermutigt werden soll, selbst Führungsverantwortung anzustreben.

Mentoring - als innovative Personalentwicklungsmaßnahme und Instrument der Nachwuchsförderung zur Zeit in aller Munde - ist als Förderbeziehung zwischen Frauen kein einfaches Gebiet. Die wenigen Frauen, die eine Führungsposition innehaben, arbeiten in einer männlich bestimmten Arbeitswelt. Sie haben selbst in der Regel nicht die Erfahrung gemacht, in ihrer Karriere durch eine Frau gefördert worden zu sein.

Im Neuland, das Mentoring von Frauen für Frauen darstellt, geht es um die Entwicklung

Mentoring - als innovative Personalentwicklungsmaßnahme und Instrument der Nachwuchsförderung zur Zeit in aller Munde - ist als Förderbeziehung zwischen Frauen kein einfaches Gebiet.

von konstruktiven Förderbeziehungen. Statt Männer-*„Seilschaften“* nachzuahmen sollten Frauen-*„Netzwerke“* aufgebaut werden. Mit einiger Phantasie können diese Netzwerke durchaus räumlich gedacht werden - mit Erhebungen und Gipfeln, auf die frau mit Unterstützung selbst gehen kann - ohne gezogen werden zu müssen.

Die Erfahrungen der Mentorinnen und Mentees von *„Preparing Women to Lead“* auf diesem Gebiet könnten verwertbar sein für die Entwicklung der nötigen Rahmenbedingungen für die Förderung des beruflichen Aufstiegs von Frauen.

Christiane Chatzinakis-Bönsch
Psychologin, Projektorganisation
„Preparing Women to Lead“
Österreich am ipw

Nähere Auskünfte beim Projektbüro *„Preparing Women to Lead“*
Österreich:
ipw: Währinger Str. 17/5, 1090
Wien
T: 0676/57 17 490
Öffnungszeiten: Mo-Fr, 10-14
Uhr

Zimbabwe:

Auf den Fährten des Geschlechterdiskurses

Von Albert Kraller

Gender scheint in Zimbabwe in aller Munde zu sein, jedenfalls in den Mündern der wichtigsten Protagonisten der derzeit blühenden „zivilgesellschaftlichen“ Szene: sprich, in Nichtregierungsorganisationen, bei Intellektuellen, unter Schriftstellern.

Lediglich Gewerkschaften und die Partei - die Rede ist von der alles dominierenden Regierungspartei ZANU (PF) - haben zum Diskurs über *gender* noch wenig beigetragen. Auffallend an der scheinbaren Ubiquität von *gender* ist, daß die Thematik weitgehend ohne den expliziten Bezug auf Frauen auskommt und eine deutliche Abgrenzung zu *„Feminismus“* als politisches (und dämonisiertes) Schlagwort erfolgt: *Gender* wird als integrierendes und integratives Konzept verstanden.

Nach der Definition von **Shereen Essof**, einer Mitarbeiterin am *Women Resource Centre Network* (WRCN) in Harare, ist unter *gender* ein Bündel von Normen zu verstehen, welches das Verhältnis zwischen den Geschlechtern in einer Gesellschaft regelt. Diese Definition zielt ausdrücklich darauf, Männer in der Reflexion über *gender* bzw. in der Suche und Anwendung von Lösungsansätzen zu integrieren. Das scheint in die-

sem Fall der Logik der Organisation zu entspringen, die in ihrem *„Gender Training Programme“* gerade auch eine männliche Klientel - vornehmlich in der Entwicklungsszene - betreut. Tatsächlich ist dieser Ansatz der dominante in der Behandlung von *gender*. **David Chimwini**, ein Rechtsanwalt und Aktivist der Menschenrechtsorganisation *Zimrights* begründet etwa ausdrücklich die Entscheidung der Organisation, ein *gender*-Programm (und nicht ein Frauenprogramm) einzurichten, damit, daß es *gender* im Gegensatz zu frauenspezifischen Ansätzen erlaubt, zusammenhängende Thematiken zu behandeln, die nicht *zerstörerisch* in bezug auf das Leben, die Beziehungen und die Identitäten von Menschen wirkt.

In diesem jedenfalls afeministischen und nur mehr begrenzt politischen, äußerst moderaten Diskurs spiegelt sich freilich ein tiefes Dilemma wieder, das in mehrfacher Weise wirkt. So fehlt

Der Verzicht auf einen explizit emanzipativen Anspruch trägt nicht unwesentlich zur Entpolitisierung des *gender*-Diskurses bei.

eine Frauenbewegung, die sich als solche versteht, wiewohl es zahlreiche Gruppen gibt, die „*Women*“ in ihrem Namen tragen. In einigen finden sich Männer an zentraler Stelle innerhalb der Organisation, und es scheint, daß der Diskurs über *gender* von wohlmeinenden Männern effektiv kolonialisiert wird. Zum anderen finden sich ausgesprochene Gegner eines explizit feministisch-emanzipativen Frauendiskurses innerhalb der Gruppe politisch tätiger Frauen selbst, meist Hüterinnen eines traditionellen Frauen- und Selbstbildes, und zum Teil selbst Sozialwissenschaftlerinnen, die vor der „*mutwilligen Zerstörung*“ von Identitäten durch einen radikalisierten *gender*- bzw. feministischen Diskurs warnen.

Der Verzicht auf einen explizit emanzipativen Anspruch trägt nicht unwesentlich zur Entpolitisierung des *gender*-Diskurses bei und läßt Organisationen, die sich mit frauenspezifischen Themen beschäftigen, mehr oder weniger als „*Serviceorganisationen*“ erscheinen. Die mit der Entpolitisierung einhergehende Schwierigkeit, Sexismus als privilegierendes (und zugleich marginalisierendes) System zu thematisieren, hat nach **Patrizia McFadden**, einer Sozialwissenschaftlerin (und Feministin am *Southern African Policy and Economic Series Trust* - (SAPES) mit der spezifischen Funktionsweise von Sexismus zu tun, der ihn von Rassismus als ähnlichem Privilegierungssystem deutlich abgrenzt. Der Komplex von Intimität und Loyalität, der mit Sexismus so stark verbunden ist, macht Frauenpolitik so schwierig, weil die Artikulation von (frauen)politischen, emanzipatorischen Forderungen sofort als disloyal und die Gesellschaft und

das kulturelle Selbstbild unterminierende, letztlich zerstörerische Aktivität verstanden wird. Das gilt gerade auch innerhalb der Frauenbewegung, insbesondere in einem Land, in dem weibliche Identität außerhalb von Ehefrau- und Muttersein kaum denkbar zu sein scheint. Für *alleinstehende* Frauen ist der Zugang und das *Überleben* im öffentlichen Raum nach wie vor extrem problematisch, gelten doch (erwachsene) Frauen, die keine Ehe führen, zumindest als frustriert, wenn nicht als Lesben (die ja, wie die Schwulen auch, vom Präsidenten Zimbabwes gerne als *Tiere* bezeichnet werden).

Momentan scheint jedenfalls eine moderate Version einer *gender*-Perspektive jegliche andere Sichtweise verdrängt zu haben und auf entspannte Akzeptanz zu treffen, nicht zuletzt, weil Geberinteressen diese Akzentuierung unterstützen und auch der sozialwissenschaftliche Diskurs über Tradition/Moderne und die Relativismusdebatte insgesamt die Entpolitisierung von *gender* und seine *Pragmatisierung* wesentlich begünstigen.

Albert Kraler

Student der Politikwissenschaft

aus Anlaß der Festnahme des chilenischen Ex-Diktators Pinochet in Großbritannien

CHILE und die Ereignisse um den 11. September 1973

Am 4. September 1970 erhielt der Sozialist **Salvador Allende Gossens** als Kandidat der *Unidad Popular* (SozialistInnen, Radikale, KommunistInnen) als erster marxistischer Politiker eines lateinamerikanischen Staates die relative Mehrheit der Stimmen in Chile. Die Menschen des Landes erhielten nach langer Zeit wieder die Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben. Zuvor war die chilenische Demokratie nur ein Mythos, von der Oligarchie verbreitet, aber nur für die Eliten konstruiert. Die Industrialisierung des Landes nahm zwar zu, aber die Armen blieben arm und die Reichen wurden reicher. Konkret waren 1970 1,5 Mio. Kinder unterernährt, 1/2 Mio. Familien obdachlos (bei einer Gesamtbevölkerung von 10 Mio.), das für Landwirtschaft nutzbare Land befand sich zu 80% in den Händen der 4% Großgrundbesitzer, und die chilenische Kupferförderung, die zum damaligen Zeitpunkt die größte Industrie des Landes war, befand sich zu 80% in Händen US-amerikanischer Konzessionäre. Auch die Banken waren mehrheitlich in US-amerikanischer Hand.

Daher war das Ziel der Regierung *Allende*, die chilenische Gesellschaft - unter Wahrung der Grundrechte und der Freiheit, also auf gewaltlosem Wege - von Grund auf neu zu gestalten. Das Regierungsprogramm wurde unter dem Titel "**Die 40 Grundmaßnahmen**" bekannt. Seine wichtig-

sten Punkte waren: Nationalisierung der Bodenschätze, Enteignung der Monopolunternehmen, Verstaatlichung der Banken und eine Agrarreform. Eine der ersten Maßnahmen der Regierung war eine Erhöhung der Löhne der ArbeiterInnen. Geplant war außerdem in den ersten beiden Jahren die Fertigstellung von 140.000 Wohnungen. Die größtenteils unterernährten oder einseitig ernährten Kinder bekamen zum ersten Mal in ihrem Leben regelmäßig Milch und konnten zur Schule gehen. Auch etliche Erwachsene besuchten nach ihrer Arbeit die Schule, um lesen und schreiben zu lernen. Die Kindersterblichkeit ging zwischen 1971 und 1973 um 20% zurück. SchülerInnen aus Armenvierteln wurden gratis zu den Schulen gebracht, die Familienbeihilfe von ArbeiterInnen wurde jener der Angestellten angeglichen, für die Kleinbauern gab es technische und wirtschaftliche Hilfe.

Allendes soziale Reformpolitik brachte ihn nicht nur auf Konfrontationskurs mit den bürgerlichen Schichten des Landes, sondern auch mit den USA. Diese sahen ihre Interessen insbesondere durch die Verstaatlichung der US-amerikanischen Kupferminen im Juli 1971 geschädigt. Weiters wurden 750.000 ha brachliegendes Land enteignet und an 15.600 landlose Bauernfamilien verteilt. Daraufhin stellte die USA unter Präsident *Richard Nixon* im August 1971 ihre Entwicklungshilfe für Chile ein und veranlaßte die

US-amerikanischen und die von den USA kontrollierten internationalen Kreditinstitute dazu, Chile keinerlei Kredite mehr zu gewähren und stattdessen auf die sofortige Rückzahlung der Auslandsschulden zu bestehen. Außerdem sorgten die USA für eine künstliche Senkung des Weltmarktpreises für Kupfer, was Chile ca. 240.000 Dollar an Devisenverlusten brachte. Im Oktober 1972 stoppte auch die BRD die Entwicklungshilfe.

Da die Regierung *Allende* Kredite vor allem für den Aufbau im sozialen Sektor brauchte, wandte sie sich an die realsozialistischen Länder. Diese leisteten nicht nur finanzielle, sondern auch technische Hilfe und lieferten dringend benötigte Güter. Diese Maßnahmen fingen zwar die Folgen des US-Wirtschaftsboykotts etwas auf, steigerten aber auch die Nervosität der USA. Permanente Destabilisierungskampagnen standen an der Tagesordnung US-Außenminister *Henry Kissinger* förderte Streiks und Protestkundgebungen in Santiago. Der Fall des Kupferpreises auf dem Weltmarkt und ein Streik der Fuhrunternehmer (1972) - der vom amerikanischen Geheimdienst CIA unterstützt wurde - stürzten das Land in ein wirtschaftliches Chaos. Die reaktionären Kräfte verstärkten die Sabotageaktionen, der Terror faschistischer Organisationen eskalierte, die Produktion wurde gestört, Aussperrungen vorgenommen, eine fiktive Lebensmittelknappheit organisiert.

Arbeiter-Innen wurden bei gewaltsamen Durchsuchungen von Betrieben geschlagen und ermordet. Die Massenmedien intensivierten die Lügenkampagnen gegen die Regierung und riefen offen zum Putsch auf. Die politische Situation wurde immer mehr von Angst und Gewalt beherrscht. Die Brutalität des Putsches konnte jedoch niemand vorausahnen.

Generäle des Heeres bereiteten den Putsch vor. Am **11. September 1973** - am Tag, an dem *Salvador Allende* zu einer Volksabstimmung aufrufen lassen wollte, um die politische Krise zu beenden - putschte die unter dem Befehl von Admiral *Montero* stehende Marine von Valparaiso. Nach vereinbartem Plan schlossen sich andere Truppenteile unter General *Augusto Pinochet Ugarte* an. Eine Militärjunta erklärte *Allende* für abgesetzt und brachte die Meldung in Umlauf, er habe sich bei der Erstürmung des Regierungssitzes erschossen. Die Wahrheit lag jedoch auf der Hand. Daraufhin besetzten hunderttausende von ArbeiterInnen die verstaatlichten Fabriken, auch die BewohnerInnen von Elendsvierteln griffen zu den Waffen. Der Putsch der Militärs, die GegnerInnen im Fußballstadion von Santiago de Chile zusammentrieben und deren Mordkommandos bereits in den ersten Putschtagen mehr als 5.000 Menschen zum Opfer fielen (andere Schätzungen sprechen von weitaus mehr), beendete die dreijährige Regierungszeit *Allendes*. Die Parteien der Linken und der Dachverband der Gewerkschaften, die CUT (Central Unica de Trabajadores de Chile) wurden verboten. Die FunktionärInnen der Links-Parteien, der

Gewerkschaften und der sozialen Organisationen wurden verfolgt, inhaftiert und ermordet. Die Presse wurde gleichgeschaltet, Radio und Fernsehen durften nur die Kommuniqués der Diktatur verbreiten. Die ArbeiterInnenviertel wurden militärisch abgeriegelt und durchsucht. Tausende von Menschen landeten in Gefängnissen, Anhalte- und Konzentrationslagern. Tausende ChileInnen sahen sich gezwungen, ins Ausland - auch nach Österreich - zu flüchten.

Der Militärputsch *Pinochets* war - wie später bekannt wurde - lange vorbereitet. Es handelte sich um eine Verschwörung von CIA, ITT (US-amerikanische Telefongesellschaft, die auch 60% des Aktienkapitals der chilenischen Telefongesellschaft besaß) und dem Weißen Haus.

In ihrem weiteren Kampf gegen die Diktatur erhielten die chilenischen DemokratiInnen und Demokraten weltweite Unterstützung, bis nach langen Auseinandersetzungen 1989 wieder ein demokratisches Chile entstehen konnte. Im großen und ganzen gilt heute noch die Verfassung der Militärs. Noch immer wird über die verschwundenen Menschen geschwiegen, und Menschenrechtsverletzungen während der Militärdiktatur blieben im Grunde genommen unbestraft. Zu hoffen gilt daher, daß die linken Kräfte eine tiefgreifende Demokratisierung im Land durchsetzen können. Dazu ist aber auch die **internationale Solidarität** eine immerwährende Pflicht. In diesem Zusammenhang ist auch die Verhaftung von *Pinochet* zu sehen und seine strafrechtliche Verfolgung zu un-

terstützen. Aber wir sind auch mitangehalten, das Schweigen zu brechen und neue Initiativen für die Aufklärung der Wahrheit über die unter der Militärregierung Verschwundenen und die begangenen Menschenrechtsverletzungen zu setzen. Unsere Pflicht ist es jedoch auch, den betroffenen Menschen bei der Bewältigung dieser Vergangenheit zu helfen.

Patrizia Glaninger-Winkler
Parlamentarische Mitarbeiterin (SPÖ) und Diplomandin der Politikwissenschaft

Quellen:

ai-Journal Oktober 1997, amnesty international, Bundessektion der BRD, Bonn
ai-Jahresbericht, Chile; Bonn 1997, Berichtszeitraum: 1. Januar 1996 - 31. Dezember 1996
Eric BEIZA-PALESTRO, Chile, "Geschichte und Entwicklung der letzten 25 Jahre aus gewerkschaftlicher und politischer Sicht", Wien 1998.
Erich FOLLATH, "Der Gnadenlose" - Augusto Pinochet, Chile, in: ders., Die letzten Diktatoren, Hamburg 1991, S. 346-362.
Bodo HARENBERG (Hg.), Chronik der Menschheit, Bd. 3 der "Chronik"-Edition, Dortmund 1984, S. 1036-1037 und 1087.
<http://members.aol.com/pfrjung/chile.htm#Allen> de

Kommentare müssen nicht mit der Redaktionsmeinung übereinstimmen.

Ärgernis oder **Anregung?**

Das **Uni-Ranking** und die **Politikwissenschaft**

Von Herbert Gottweis

Natürlich war allen klar, daß derartige Umfragen unter gravierenden methodischen Problemen leiden, die großen Institute an den großen Universitäten mit Notwendigkeit und System als die „*Verlierer*“ solcher Studien aussteigen, und diesmal der Zufall eben die Politikwissenschaft auf den prominenten letzten Platz verwiesen hat, ein Schicksal, das sonst in Wien der Psychologie zuteil wird.

Wen kann es überraschen, daß das studentische „Wohlbefinden“ (und nichts anderes wurde durch die *Standard*-Untersuchung gemessen), an netten, kleinen Instituten wie in Salzburg (wo ich bis zum März 1998 tätig war) ein besseres ist?

Das Senatsinstitut für Politikwissenschaft in Salzburg (sehr guter 36. Platz des *Standard* Rankings) ist zusammen mit drei weiteren Instituten in einem überschaubaren, architektonisch aufwendig gestalteten Gebäude an der Salzach untergebracht. Die wenigen StudentInnen schreiten auf geschmackvollen Marmorfließen zu den technisch perfekt ausgestatteten, hellen, freundlichen Hörsälen, wo Parkettböden genauso selbstverständlich sind wie der prachtvolle Blick auf die Bergwelt

Als der *Standard* vor einigen Wochen das Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien zum „schlechtesten Institut Österreichs“ kürte, schwankte die Stimmung am Institut zwischen Verärgerung und Nachdenken.

der Umgebung. Eine kleine Cafeteria im Haus dient als Treffpunkt der StudentInnen, nur im Sommer ziehen viele die Terrasse am Dach vor, von wo man eine wunderbare Sicht auf die Festung und die Altstadt genießen kann. Das Sekretariat des Instituts verfügt über umsichtige Mitarbeiterinnen, die Zeit und Muße haben, sich jeder/m Studierenden persönlich anzunehmen und die diversen Unbillen des Universitätsalltags aus dem Weg zu schaffen. Lehrende und StudentInnen kennen einander gut, was bei Seminaren und Proseminaren mit fünf bis zehn TeilnehmerInnen auch kein Wunder ist.

Paradiesische Zustände also? Nicht ganz.

Das Angebot der Lehrveranstaltungen ist nur ein Bruchteil dessen, was in Wien angeboten wird. Ganze Regionen der Welt und Themenbereiche der Politikwissenschaft können nicht oder nur sporadisch abgedeckt werden. Spezialisierung ist nur in wenigen Bereichen möglich. Bei vielen Seminaren und Pflichtlehrveranstaltungen existiert keine Wahlmöglichkeit. Der politikwissenschaftliche Jobmarkt befindet sich

im wesentlichen in Wien und *last but not least* geht auch in Salzburg irgendwann die Sonne unter. Die letzten TouristInnen fahren in ihren Bussen weiter, und ungefähr zu diesem Zeitpunkt sperrt die Stadt mehr oder weniger zu, das studentische Nachtleben ist bestenfalls auf selbstorganisierte Feste reduziert, und Kultur findet in erster Linie bei Festspielen mit absurden Preisen statt.

Ist es also „*fair*“ und sinnvoll, das Salzburger Politikinstitut mit dem Wiener Institut zu vergleichen?

Sollte die Studienortwahl sich vom Ranking leiten lassen? Wohl kaum. Ärgerlich wird die Sache dann noch, wenn der *Standard* in seiner Präsentation der Umfrage von „*schlechten*“ und „*guten*“ Instituten spricht, natürlich wissend, daß die Umfrage ausschließlich bestimmte Wellness-Faktoren wie etwa die studentische Perzeption der Räumlichkeiten erfaßt hat, nicht aber die für die Beurteilung jedes Institutes so zentrale Forschungsleistung.

Sollen wir uns also nur ärgern und das *Standard*-Ranking als wenig seriöses Produkt zurückweisen?

Davon halte ich wenig. Natürlich müssen wir das *Standard-Ranking* richtig einordnen und dürfen es nicht zu ernst nehmen. Wir sollten aber bei aller Vorsicht betreffend die Validität und Reliabilität der Untersuchung das Ranking als einen groben Indikator für einige Probleme im Institutsbereich sehen.

Zunächst ist hier die Raumfrage zu erwähnen, die von den Befragten als besonders problematisch hervorgehoben wurde.

Ein eigenes Institutsgebäude für die Politikwissenschaft in Wien mit den in Österreich üblichen Ausstattungsstandards ist daher ein zentrales und möglichst schnell zu lösendes Anliegen des Instituts.

Derzeit laufen starke Bemühungen in diese Richtung. Wir brauchen nicht unbedingt eine Aussichtsterrasse, aber ausreichend Büros und Hörsäle, Treff- und Arbeitsräumlichkeiten für StudentInnen und eine entsprechend technische Ausstattung wären schon sehr praktisch. Weiters müssen Service und Sekretariatsalltag am Institut verbessert werden. Mehr Freundlichkeit und eine stärkere "Kundenorientierung" im Sekretariatsbereich sind zentrale Anliegen, die nicht warten dürfen und Neuorientierung, aber auch Reorganisation des Sekretariats verlangen. Oft sind es nur ein paar freundliche Worte oder der eine oder andere Tip oder Ratschlag, der die StudentInnen den oft unüberblickbaren Dschungel der Universitäts-

verwaltung besser bewältigen läßt. Schließlich ist der Standardumfrage auch zu entnehmen, daß Verbesserungen beim Lehrangebot und eine stärkere Praxisorientierung des Studiums überlegt werden sollten.

Während es relativ klar ist, wie eine Verbesserung der Raumsituation aussehen könnte, ist das Vorgehen in den Bereichen Lehrangebot und Praxisorientierung viel komplizierter und auch kontroversieller. Während etwa in Sachen Praxisorientierung eine Reihe von StudentInnen und Lehrenden, aber auch ArbeitgeberInnen die Qualitäten der typischen AbsolventInnen der Politikwissenschaft als "flexible GeneralistInnen" schätzen, gibt es auch Stimmen, die eine stärkere Spezialisierung und Fachkompetenz als das Ziel des Studiums der Politikwissenschaft verlangen. Diese Punkte verlangen nach weiterer Diskussion.

Die gegenwärtige Phase der Reform der Studienpläne bietet hier ein gutes Forum. Alle Interessierten sind aufgerufen, bei den einschlägigen Veranstaltungen zur Studienplanreform in der nächsten Zeit teilzunehmen.

Herbert Gottweis
st v. Vorsitzender der Studienkommission am ipw

Termine-Termine-Termine

Institut für Wissenschaft und Kunst (iwk): 9., Berggasse 17

11. 1. 99, 18.30 Uhr: *Zur Geschlechtergeschichte antisemitischer Diskurse in Deutschland 1918-1936*; Vortrag von **Dr. Eva-Maria Ziege** (Berlin).

12. 1. 99, 18.30 Uhr: *Studien zur Arbeiterbewegung*; Diskussionsveranstaltung.

13. 1. 99, 18.30 Uhr: *Feministische Theorie und Frauenforschung - "Feministische Forschung, Gender Studies und Cultural Studies"*; Vortrag von **Dr. Maria-Christina Lutter** (Wien).

18. 1. 99, 18.30 Uhr: *"Heimkehr" - Strategien eines nationalsozialistischen Films*; Vortrag von **Mag. Maria Steiner**.

19. 1. 99: 18.30 Uhr: *Institutionelle Rechtsverweigerung für AusländerInnen*; Vortrag von **Dr. Benedikt Wallner** (Wien).

27. 1. 99: 18.30 Uhr: *Sex/Gender - Bedeutungsrelevante Fragestellungen zur Natur- und Kulturdebatte in der feministischen Theorie*; Vortrag von **Mag. Eva Waniek** (Wien).

3. 2. 99: 18.30 Uhr: *Feminismus und die Geschichte der Geschlechterbeziehungen*; Vortrag von Prof. **Dr. Edith Saurer** (Wien).

UNI-RANKING: *Nicht* genügend!

Von Willi Mayer/Gerhard Stöger

Dem Wiener Institut für Politikwissenschaft wurde vom alljährlichen *Standard* Uni-Ranking vor kurzem der *Schwarze Peter* als „schlechtestes Institut Österreichs“ zugeschoben. Mit Psychologie, Publizistik und Pädagogik fanden sich drei weitere geisteswissenschaftliche Studienrichtungen der Uni Wien auf den hintersten Rängen dieser Hitliste. Während in den letzten Tagen und Wochen eine Vielzahl von Dementis, Richtigstellungen und Erklärungen der betroffenen Institute zu vernehmen war, geht es uns an dieser Stelle nicht darum, diesen Katzenjammer fortzusetzen. Vielmehr bieten die nach den bisherigen Erfahrungswerten kaum überraschenden, für Studierende der jeweiligen Studienrichtungen aber nach wie vor irritierenden Ranking-Ergebnisse einen willkommenen Anlaß zur Reflexion des Stellenwertes von Geisteswissenschaften innerhalb des universitären Betriebs sowie zu grundsätzlichen Überlegungen über die gesellschaftliche Bedeutung kritischer Wissenschaft.

Rankings sind harmlos, so lange sie sich von der Kür der 500 wichtigsten ÖsterreicherInnen über die 100 schönsten Fernsehstars bis zur Hitliste der originellsten Opernballkostüme ausschließlich auf den Aspekt der Unterhaltung beschränken. Beanspruchen sie darüber hinaus aber - wie im *Standard* Uni-

Das *Standard* Uni-Ranking verwies erneut diverse geisteswissenschaftliche Institute auf die letzten Ränge. Schuld daran tragen weniger die betroffenen Studienrichtungen, als vielmehr die eigenwillige Logik dieses Rankings.

Ranking - eine gewisse Allgemeingültigkeit ihrer Bewertungskriterien (sowie ihrer daraus resultierenden Aussagen), wird es problematisch. Vor allem, wenn dem Vergleich unterschiedlichster Studienrichtungen, also auch den budgetär vernachlässigten Geisteswissenschaften, unter anderem die dubiosen Kriterien "*Ausstattung*" und "*Berufsvorbereitung*" zugrunde gelegt werden. Dubios, da die Ausstattung nichts über die inhaltliche Qualität eines Studiums, sondern lediglich über die verfügbaren finanziellen Mittel berichtet, und besonders geisteswissenschaftliche Studien wie Politikwissenschaft sich eben nicht an bestimmten fix vorgegebenen Berufsbildern orientieren - und aus einem der Natur der Sache entsprechenden Mangel an fertigen Berufskonzepten auch gar nicht

orientieren können. Kritik an den mangelnden finanziellen Ressourcen hat durchaus ihre Berechtigung (obwohl schöne Hörsäle natürlich keine unbedingte Voraussetzung für die Aneignung von Wissen darstellen), die Beschränkung darauf verliert allerdings sehr wesentliche Aspekte aus dem Blickfeld.

Postmodern gelesen, könnte man den letzten Platz der Politikwissenschaft ja durchaus als Erfolg betrachten - Stichwort: Ökonomie der Aufmerksamkeit. Bezogen auf das Uni-Ranking bedeutet das, daß ohnehin nur die ersten und letzten Plätze dem Zweck der Profilierung gerecht werden. Abgesehen davon repräsentiert diese Bewertung aber eine wohlbekannte, mehr oder weniger latente gesellschaftliche

"Den steuerzahlenden Bürger interessiert es wenig, warum die Wissenschaften diese oder jene Entwicklung nehmen, wenn nur Nützliches fürs Bestehende sich ergibt. Es geht um Steigerung der Produktivität, nicht so sehr um richtige Beziehungen zwischen Menschen. Universität selbst wird immer mehr zum bloßen Instrument der Welt wie sie ist, die Autonomie ist relativ." (Max Horkheimer)

Ablehnung kritischer Geistes- und Sozialwissenschaften. **Max Horkheimer** bemerkte 1967 dazu passend in seiner Rede *"Zum Philosophiestudium heute"*: *"Den steuerzahlenden Bürger interessiert es wenig, warum die Wissenschaften diese oder jene Entwicklung nehmen, wenn nur Nützliches fürs Bestehende sich ergibt. Es geht um Steigerung der Produktivität, nicht so sehr um richtige Beziehungen zwischen Menschen. Universität selbst wird immer mehr zum bloßen Instrument der Welt wie sie ist, die Autonomie ist relativ."* Wie die kapitalistische, primär einer Profit- und Verwertungslogik gehorchende Welt ist, muß hier nicht näher dargelegt werden. Interessant ist allerdings, daß es gerade innerhalb der komplexen und von Unsicherheiten geprägten Bedingungen eines globalen Neoliberalismus samt der damit einhergehenden gesamtgesellschaftlichen Dynamik längst nicht mehr um die langfristige Ausrichtung auf bestimmte *"fertige"* Berufsprofile, sondern vielmehr um Flexibilität, Selbstmanagement, Kreativität und maximale Eigeninitiative geht.

Das Schlagwort in den immer heißer geführten Debatten um Qualifikationsprofile heißt *"Soft Skills statt Hard Facts"*; nachzulesen etwa in diversen *"Karriere"*-Teilen renommierter Tages- oder Wochenzeitungen. Ein Kriterium also, das - will man den Versuch unternehmen, innerhalb dieser Verwertungslogik für Geisteswissenschaften zu argumentieren - gerade von inhaltlich offenen und kaum technokratischen Gesetzmäßigkeiten gehorchenden Studien erfüllt wird (und durch die in absehbarer Zeit in Kraft tretenden neuen Studienpläne noch forciert werden könnten). Gehört doch besonders im

für die geistes- bzw. grund- und integrativwissenschaftliche Fakultät der Uni Wien charakteristischen Massenbetrieb die Ausbildung oben genannter Fähigkeiten gewissermaßen zur Überlebensstrategie. Die **eindimensionale Akkumulation** einer bestimmten Art von Wissen tritt somit während eines Studiums à la Politikwissenschaft zugunsten der Ausbildung eines bestimmten Persönlichkeitstypus in den Hintergrund; notwendige Voraussetzung bleibt dabei selbstredend ein möglichst breites Angebot von Inhalten.

Dieser Freiraum kann aber nicht hergestellt werden, wenn das Studieren (mit allem was dazu gehört) von sogenannten "Qualifikationsprofilen" in mehr oder weniger streng geregelte Bahnen gelenkt wird.

Eine solche Einschränkung des Ideals von der *"Freien Wissenschaft"* passiert aber schon längst, und ein Ranking wie jenes des *Standards* leistet diesem Prozeß Vorschub - natürlich im Dienste der *"Konkurrenzfähigkeit dieser Republik"*.

Auch 1999 wird es wieder ein *Standard* Uni-Ranking geben, und es ist anzunehmen, daß auch dann wieder alle Studien über den einen Leisten der hier kritisierten Kriterien geschert werden. Es wäre zu hoffen, daß man die Herangehensweise bis dahin überlegt. Ansonsten bleibt nur der Hinweis für alle Betroffenen, sich von dieser eigenartigen Hitliste nicht verwirren zu lassen, sowie die Interpretation, daß die Rolle des

Schwarzen Peters ja schon immer für ein Maximum an Neugierde, Ungezwungenheit und Originalität stand.

Willi Mayer /Gerhard Stöger
Basisgruppe Politikwissenschaft
am ipw

Poli-
tix

jetzt
auch
im

internet!

Unsere

homepage:

<http://www.univie.ac.at/politikwissenschaft>

Raum- und Telefonplan

WÄHRINGERSTRASSE 17/5

Sekretariat Zi 511:

Fr. Grob 4277 - 47703
Fr. Nartovsky 4277 - 47702

Univ.-Ass. Dr. Regina Köpl Zi 507 4277 - 47711

Univ.-Prof. Dr. Helmut Kramer Zi 503 4277 - 47710

Univ.-Prof. Dr. Eva Kreisky Zi 509 4277 - 47713

Univ.-Prof. Dr. Sieglinde
Katharina Rosenberger Zi 512 4277 - 47715

Univ.-Ass. Dr. Birgit Sauer Zi 508 4277 - 47712

Kommunikationszentrum Zi 501 4277 - 47709

Projektraum Zi 506 4277 - 47714

Computerraum Zi 513

WÄHRINGERSTRASSE 28

Erdgeschoß

Bibliothek Zi 004 4277 - 47708

Hörsaal Zi 005

Seminarraum Vordertrakt

1. Stock

Sekretariat Zi 106-109:

Fr. Guggenberger Zi 109 4277 - 47704

Fr. Martinkovich Zi 107 4277 -
47706

Fr. Mayr Zi 109 4277 -
47704

Fr. Millmann Zi 108 4277 - 47705

Fr. Schicker Zi 106 4277 - 47701

Kleiner Seminarraum Zi 101

Leseraum Zi 102

GastprofessorInnen Zi 103

2. Stock

Dr. Johann Dvorak Zi 204 4277 - 47730

Gastprof. Dr. Heinz Gärtner Zi 207 4277 - 47722

Univ.-Prof. Dr. Herbert Gottweis Zi 208 4277 - 47723

Univ. Doz. Dr.

Wolfgang Pesendorfer Zi 205 4277 - 47731

Univ. - Prof. i.R. Dr.

Heinrich Schneider Zi 205 (priv.) 02238/1428

Univ. - Doz. tit. Ao. Prof. Dr.

Ingfrid Schütz-Müller Zi 206 4277 - 47721

Univ.-Lektor Dr.

Fritz Windhager Zi 201 4277 - 47733

Projektraum Zi 202

Netzwerke zwischen AbsolventInnen und Institut

Von Helmut Szpott

Die AbsolventInnenvereinigung hat vor der Sommerpause, am 19. Juni 1998, eine Podiumsdiskussion zum Thema „*Alumni Networks - die Interessen organisieren*“ veranstaltet. Bei dieser Veranstaltung wurde über die inhaltliche Ausrichtung der Vereinigung zusammen mit PolitikwissenschaftlerInnen auf dem Podium und im Publikum diskutiert.

Die ReferentInnen waren AbsolventInnen aus den verschiedenen Berufsfeldern, die für PolitikologInnen als Arbeitsgebiete interessant sind: **Christine Schneider** aus dem Bundesministerium für Wissenschaft, **Sybille Hamann** vom *profil*, **Alexander Egit** von Greenpeace und **Wilfried Seywald** von der PR-Agentur Temmel & Seywald. In den einführenden Worten sagte **Eva Kreisky**, daß die Alumni auf dem Podium „*Pioniere*“ in dem Sinn seien, daß sie als AbsolventInnen der Studienrichtung die jeweiligen Berufsfelder aufbereitet hätten. Ziel der Veranstaltung sollte daher die Diskussion darüber sein, in welcher Weise es sinnvoll ist, die AbsolventInnen untereinander und mit den Personen am Institut zu vernetzen.

Die AbsolventInnen berichteten zunächst aus ihrer persönlichen Sicht, wo die Verbindungen

Podiumsdiskussion der AbsolventInnenvereinigung (v.l.n.r.): Alexander Egit, Christine Schneider, Eva Kreisky, Sybille Hamann, Wilfried Seywald

zwischen AbsolventInnen und dem Institut, also den Lehrenden und Studierenden gezogen werden könnten. Alle taten sich allerdings recht schwer, sich in ihrem derzeitigen Beruf als „*PolitikwissenschaftlerInnen*“ zu identifizieren, da sie eben im Alltag als Journalistin, als Bereichsleiter für Umweltpolitik, als PR-Unternehmer oder als Ministeriumsangestellte unterwegs sind. Allerdings haben sie verschiedene Qualifikationen hervorgehoben, die das Politikwissenschaftsstudium vermittelt habe. Es wurden u.a. genannt: der Erwerb von Ordnungswissen, Strukturen selbst zu schaffen, Teamarbeit und strategische Fähigkeiten.

Die Interessen und Wünsche der anwesenden AbsolventInnen an die AbsolventInnenvereinigung wurden in der Diskussion deutlich. Auf die Frage: Was soll ein Netzwerk leisten? wurde geäußert:

Weiterbildungsfunktion

Servicefunktion für alle studierenden, und absolvierten PolitologInnen

Unterstützung des **Selbstmarketings des Instituts** und der Studienrichtung

Weiterbildung

kann den AbsolventInnen in zweierlei Hinsicht nützen: die im Verlauf des Studiums an bestimmten politikwissenschaftlichen Themen geweckte Neugier wieder mit aktuellen Informationen auf den neuesten Stand zu bringen - z.B. zum Stand der feministischen Gesellschaftskritik oder durch aktuelle Antworten aus der Wissenschaft zur europäischen Sicherheitspolitik. Zweitens kann die Politikwissenschaft als kritische Sozialwissenschaft zu den *burning issues* der Politik eine systematische, weil theoriegeleitete Weiterbildung im Strudel des politischen Alltagsgeschehens anbieten.

Die Brücke von denjenigen zu schaffen, die sich den ganzen Tag mit politikwissenschaftlichen Fragen beschäftigen dürfen, zu denen, die anderswo die Groschen verdienen, ist ein Ziel inhaltlich fundierter Weiterbildung. Dazu soll mit Beginn 1999 eine Vorlesungsreihe „*AbsolventInnen Weiterbildung*“ mit ReferentInnen von den Instituten für Politikwis-

senschaft ins Leben gerufen werden. Die AbsolventInnenvereinigung dankt der Bank Austria, vertreten durch Herrn Dr. Pittioni, für die Unterstützung dieser Initiative.

Servicefunktionen werden die Vereinigung für alle sichtbar machen, denn der Alltag einer solchen Organisation ist doch viel weniger spektakulär, als es Eröffnungen oder Veranstaltungen im Hotel de France vermuten lassen. Vor allem die Erfassung und Aufbereitung der AbsolventInnenadressen in einer Datenbank ist eine laufende Aufgabe für uns. Besonders die Adressen der DissertantInnen unserer Institute sind schwer zu fassen, wenn nicht die Dissertationsbetreuer eigene Listen dafür geführt haben und zugänglich machen. Zunächst wird die Aufbereitung nur in gedruckter Form erfolgen, und auch die Einrichtung einer Homepage wird sinnvoll sein. Solange aber nicht gewährleistet werden kann, daß die Daten dort nicht manipuliert werden können, die AbsolventInnen-datenbank dort nicht zugänglich gemacht werden können. Außerdem ist für die „*Veröffentlichung*“ persönlicher Angaben auch die Einwilligung der jeweiligen AbsolventInnen erforderlich. Noch ein Wort zum Datenschutz: Die Vereinigung verfolgt keine wirtschaftlichen Interessen, sie ist zwar auf Sponsoren angewiesen, aber keine Verbündete von Direktmarketingagenturen.

Ein *Service* für die Studierenden der Politikwissenschaft besteht in der Einrichtung einer Praktikumsbörse. Was in Salzburg verpflichtend ist, ein mehrwöchiges Praktikum nämlich, kann in Wien auch ein wenig systematischer verfolgt werden. Praktika ermöglichen berufspraktische Erfahrungen und sind nicht

Servicefunktionen werden die Vereinigung für alle sichtbar machen, denn der Alltag einer solchen Organisation ist doch viel weniger spektakulär, als es Eröffnungen oder Veranstaltungen im Hotel de France vermuten lassen.

nur gut für den Lebenslauf, sondern auch eine Orientierungshilfe, ob die Vorstellungen von einem Job auch mit der Wirklichkeit zusammenpassen. Diese Praktikumsbörse ist im Aufbau.

Das *Selbstmarketing* des Instituts zu unterstützen, ist für eine solche Vereinigung wie unsere, da sie nach außen gerichtet ist, eine wichtige Funktion. Einerseits muß sie natürlich mit dem Renomee wuchern, das das Institut sich durch die neue Dynamik erworben hat, andererseits stehen dem, gerade am Anfang, auch Hindernisse wie das *Standard-Ranking* entgegen, die den Stand von vor ein paar Jahren wiedergegeben haben. Der ruinierte

Ruf macht aber auch frei, und da wir nun auch auf den neuen personellen und räumlichen Aufbau am Institut verweisen können, sollten auch die PolitikwissenschaftlerInnen ein wenig stolzer auf ihre Studienrichtung sein können. Zum *Selbstmarketing* gehören auch die Berufsbilder von PolitikwissenschaftlerInnen, das wurde in der Diskussion deutlich.

Auch wenn man keine festen Berufsbilder vorgeben sollte und den beruflichen Werdegang als PolitologIn bewußt offen halten sollte, kann man doch verschiedene Arbeitsfelder vorstellen, in denen viele PolitologInnen arbeiten. Dazu dient eine zweite Vortragsreihe „*AbsolventInnen*“, die von der Bank Austria gefördert wird und im Frühjahr 1999 beginnen wird. Das *Selbstmarketing* der Politikwissenschaft wird in der Öffentlichkeit natürlich vor allem durch Expertisen etabliert, die die ProfessorInnen abgeben oder auch nicht abgeben.

Helmut Szpott
AbsolventInnenvereinigung Politikwissenschaft

Weitere Informationen bei Helmut Szpott. Erreichbar über das ipw in der Währingerstraße 17/5.

Im Gespräch mit

Oscar W. Gabriel

Oscar W. Gabriel, einer der Leiter des Institutes für Sozialwissenschaften an der Uni Stuttgart, ist im WS 98/99 als Gastprofessor ans Wiener Institut für Politikwissenschaft gekommen. Hier hat er einen Monat lang intensiv zu Fragen der politischen Kultur und des politischen Vertrauens in westlichen Demokratien gelehrt. Weitere Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen politische Partizipation und kommunale Demokratie, deutsches Parteiensystem und Demokratieentwicklung in den neuen deutschen Bundesländern.

Politikwissenschaft ist kein Fach, in dem es richtige und falsche Lösungen gibt

Was ist Ihnen in den ersten zwei Wochen ihrer Gastprofessur an Positivem und/oder Negativem, insbesondere im Vergleich zu deutschen Unis, aufgefallen?

Oscar Gabriel: Man merkt schon in den Lehrveranstaltungen, daß das Ausbildungsprofil an den beiden Unis ein unterschiedliches ist. Wir machen in Stuttgart eine sehr stark empirisch orientierte Politikwissenschaft. Das scheint hier nicht so eine große Rolle zu spielen. Was die Motivationslage der Studierenden anbetrifft, ist das Gras hier nicht grüner als an anderen Universitäten, aber auch nicht weniger grün. Ich bin eigentlich mit dem Interesse der Studierenden zufrieden.

Welche Motivationen gab es für Sie, Politikwissenschaft zu studieren und dann die wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen?

Oscar Gabriel: Ich interessiere mich seit meiner frühesten Jugend sehr für Politik und war früher auch selbst politisch aktiv. Es war klar, daß ich ein Studium ergreifen würde, das irgendwie mit den öffentlichen Angelegenheiten zu tun hat. Ich habe in den ersten vier Semestern in alle Fächer mal reingeschnuppert, die mich interessiert haben, bis ich mich für eine Fächerkombination entschloß. Ich habe also Politikwissenschaft im Hauptfach, Soziologie, Geschichte und Volkswirtschaftslehre im Nebenfach studiert. Die Frage, ob das beruflich irgendwie funktionieren könnte, habe ich mir damals eigentlich gar nicht gestellt. In der zweiten Studienhälfte begann ich mich für verschiedene Dinge, wie etwa eine Tätigkeit in der politischen Bildung oder der Politikberatung, zu interessieren. Immer stärker wurde aber das Interesse für die Wissenschaft. Ich habe relativ rasch nach dem Studium zunächst ein Jahr bei einem außeruniversitären Forschungsinstitut gearbeitet und dann eine Stelle an der Universität Mainz bekommen. Ich hatte auch kurzzeitig mit dem Gedanken gespielt, in die Politik zu gehen. Als meine Frau sagte, sie würde sich dann scheiden lassen, habe ich das nicht weiterverfolgt.

Warum haben Sie die Themenbereiche politische Kultur, politische Partizipation und Parteien gewählt? Worin liegt Ihr besonderes wissenschaftliches und/oder persönliches Interesse an diesen Fragen?

Oscar Gabriel: Es gibt zwei Gründe dafür. Eine konstante Frage, die in der Politikwissenschaft - seit es dieses Fach gibt - eine Rolle spielt, ist die Art und Weise, wie die Bevölkerung mit dem politischen System umgeht. Wenn man Politikwissenschaft als eine Demokratiewissenschaft begreift - und das tue ich -, müssen die Fragen der Austauschbeziehungen zwischen der Bevölkerung und dem politischen System im Vordergrund stehen. Der zweite Aspekt ist ein eher methodisch-theoretischer. Die Themen politische Einstellungen und politisches Verhalten sind diejenigen Teildisziplinen in unserem Fach, die - wenn wir von einem empirischen Ansatz ausgehen - den höchsten Entwicklungsstand haben, d.h. relativ gut ausformulierte Theorien, die sich in der Realität bewährt haben.

Für das nächste Jahr ist eine Neuauflage ihrer Studie zu politischen Einstellungen und politischer Kultur im EU-Vergleich geplant, in der erstmals Österreich berücksichtigt werden wird. Die Erforschung welcher Aspekte der österreichischen politischen Kultur reizen Sie am meisten?

Oscar Gabriel: Die Fragen, die für Österreich zu stellen sind, sind dieselben wie für andere Länder, also Einstellungen zur Demokratie, staatsbürgerliches Kompetenzbewußtsein, politisches Interesse usw. Die Ähnlichkeiten der deutschen politischen Kultur mit der Österreichs sind erstaunlich groß. Ich habe mich mit Institutionenvertrauen in Deutschland und Österreich beschäftigt und unglaublich viele Parallelen festgestellt, sowohl was die Strukturen als auch die Entwicklungsmuster anbetrifft.

In Deutschland wie auch in Österreich ist ein erheblicher Teil der Wohnbevölkerung auf Grund ihrer Staatsangehörigkeit von einer Beteiligung am politischen Prozeß, insbesondere an Wahlen, ausgeschlossen. Welches Modell schlagen Sie vor, um in unseren Ländern mehr Demokratie zu schaffen?

Oscar Gabriel: Für die EU-"Ausländer" sehe ich das Problem nicht mehr, weil mit dem Maastrichter Vertrag das Wahlrecht auf kommunaler Ebene eingeführt worden ist. Ein Problem ist natürlich die Gruppe der Drittstaatler. Das kann man sich auf Dauer nicht erlauben, eine so große Bevölkerungsgruppe, die ihren Beitrag zu den Sozialversicherungssystemen leistet, die ihren Lebensmittelpunkt in dem betreffenden Land hat, vom Bürgerrecht auszuschließen. Wenn das nicht geht, daß man Teile der Bürgerrechte an „Ausländer“ überträgt, sehe ich nur die Möglichkeit, Einbürgerung zu erleichtern oder doppelte Staatsbürgerschaft vorzusehen. Das ist der Weg, den die neue Bundesregierung in Deutschland gewählt hat. Von wegen gespaltene Loyalität, das ist doch alles Quatsch. Wir haben in den USA und in England nicht das Abstammungsrecht, sondern das Ortsrecht. Ich habe bis jetzt noch keine Erkenntnisse darüber gesehen, daß das zum Zusammenbruch der dortigen Systeme führt. Weshalb sollte das bei uns so sein? Das ist ganz überholtes Denken, das da in Deutschland und Österreich herrscht.

Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen Forschung und Lehre? Was ist es, das Sie Ihren StudentInnen vermitteln wollen?

Oscar Gabriel: Forschung und Lehre sind für mich gleichberechtigt und gehören untrennbar zusammen. Ich möchte keinen Job machen, der nur aus Forschung besteht. Ich versuche, die Studierenden mit Daten aus Umfragen zu konfrontieren und zu sagen, welche Fehler man machen kann, wenn man Daten erhebt und interpretiert. Das heißt, man muß einen kritischen Umgang mit den Instrumenten lernen, die man einsetzt, und mit den Ergebnissen, die man präsentiert. Die Politikwissenschaft ist kein Fach wie die Mathematik oder Physik, in dem es richtige und falsche Lösungen gibt, sondern es gibt für viele Dinge, mit denen wir uns beschäftigen, alternative Zugänge. Man muß also auch in der Lehre den Versuch unternehmen, diese verschiedenen interpretatorischen Zugänge zu unseren Problemen zu vermitteln. Es ist viel einfacher, wenn man eine dogmatische Position bezieht. Das entspricht aber überhaupt nicht meinem Selbstverständnis. Das entspricht auch nicht dem Entwicklungsstand unserer Disziplin, der ist noch viel zu ungeschlossen, als daß wir sagen könnten, wir seien im Besitz der reinen Lehre.

Das Interview führte Maya Eichler.

Losers of the Wende Winners of the EU?

Chancen und Auswirkungen des Transformationsprozesses auf Frauen aus den östlichen Reformstaaten, vor allem in den Bereichen *politische Partizipation* und *Arbeitsmarkt* sollten beleuchtet werden. Einerseits wurde erforscht, ob Frauen, die generell zu den VerliererInnen der Wende zählen, nun durch die Europäische Integration etwas zu gewinnen hätten. Andererseits wollten die OrganisatorInnen auch ein Forum für Gedankenaustausch und für wissenschaftliche Kooperation schaffen.

Ziel war, ein Netzwerk zwischen Frauen aufzubauen, um künftig gemeinsame Strategien zu entwickeln. Die TeilnehmerInnen waren vor allem WissenschaftlerInnen aus den Reformstaaten und Österreich.

Tag 1: Eröffnung

In ihrer Eröffnungsrede betonte EU-Parlamentarierin **Maria Berger**, daß im EU-Parlament größtenteils Enthusiasmus über die Osterweiterung herrscht. Sie stellte aber gleichzeitig auch fest, daß man den Fokus verstärkt auf die soziale Dimension und die Situation der Frauen legen müßte, die bis jetzt zu wenig Berücksichtigung gefunden hatten.

Eva Kreisky unterstrich, daß es in der Zeit des *real existierenden Sozialismus* zur Emanzipation von oben kam und nicht wirklich die Überwindung von patriarchalischen Strukturen in Staat und Gesellschaft erfolgte. Nach der

Vom 6. bis 8. November lud die Sektion „*Politik und Geschlecht*“ der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft (ÖGPW), unter dem Motto: „*Losers of the Wende – Winners of the EU?*“ zur Konferenz.

Wende ignoriert nun ein männlich dominiertes System die Probleme der Frauen. **Vlasta Jalusic** wies in ihrem Vortrag auf das Phänomen der De-Politisierung des Lebens in den ehemals kommunistischen Staaten hin. Staat und Politik werden größtenteils negativ betrachtet (Nachwirkungen der kommunistischen Ära!). Es herrsche die Ideologie des *minimal state* vor sowie der Gedanke, daß Politik exklusiv von (männlichen) Experten und Eliten gemacht wird - Jalusic plädierte für ein *concept of active citizenship*.

Tag 2: Politische Partizipation

Birgit Sauer hielt fest, daß selbst rund 80 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts in Westeuropa noch immer eine Exklusion von Frauen aus den *key positions in decision making bodies* vorherrscht.

Konsens herrschte unter den Konferenz-TeilnehmerInnen darüber, daß es in der öffentlichen Meinung und bei den politischen Eliten andere Prioritäten als *gen-*

der-equality gebe. Die Frauen wurden damit vertröstet, daß man sich nach der Aufbau- und Reformphase vielleicht diesen Bereichen zuwenden könne. **Birgit Sauer** hielt auch fest, daß Frauen mit dem Argument ihres politischen Desinteresses ausgegrenzt würden. Dies sei eine durchwegs falsche Sicht. Zu beobachten sei nur, daß sie traditioneller, männlich-dominiertes Politik skeptisch gegenüberstehen und eher zu unkonventionellen politischen Aktivitäten neigten. In *semipolitical bodies* wurde sogar eine Mehrheit von Frauen geortet (**Hana Havelkova**).

In der Folge wurden einige ernüchternde empirische Daten zur Unterrepräsentation von Frauen in Parteien, Parlamenten und Regierungen präsentiert. Obwohl es hier größere regionale Unterschiede gibt, ist der Anteil der Frauen generell in allen Parlamenten nach der Wende teilweise dramatisch gesunken und schwankt nun zwischen 5% und 15%.

Es wäre eine Illusion anzunehmen, Demokratie, Gleichberechtigung und Gleichbehandlung kämen Hand in Hand, denn auch im Osten ist Gleichberechtigung derzeit kein aktuelles Thema.

In der abschließenden Diskussion war das Thema Quote dominierend, *Pros* und *Contras* wurden dargelegt. Zustimmung gab es dazu, daß eine automatische festgelegte Quote für Frauen in Parlamenten und Parteien nur hilfreich wäre, wenn nicht Männer jene Frauen auswählen würden.

Tag 3: Arbeitsmarkt

Bei Betrachtung des Arbeitsmarktes orteten mehr oder minder alle TeilnehmerInnen auch ein positives Erbe der emanzipatorisch-dirigistischen Effekte von oben in den kommunistischen Regimen:

Frauen wurden größtenteils in den Arbeitsprozeß integriert, und auch das Ausbildungsniveau von Frauen stieg beachtlich an. Weiters profitierten Frauen davon, daß *“the myth and the illusion that the world of labour is a male domain was removed“* (Jirina Siklovà). Doch es existierte immer ein *„gender biased Labour Market“*, der auch in den Reformstaaten weiterbesteht (Ursula Filipic).

Die Mehrzahl der RednerInnen stellte zudem fest, daß die berufliche Situation der Frauen überall in den Reformstaaten schlechter geworden sei. Unterschiede im Lohnniveau zwischen Männern und Frauen würden nicht geringer werden, und Teilzeitarbeit und Arbeitslosigkeit von Frauen seien im Vormarsch (im Vergleich zum EU-Schnitt ist der Anteil der erwerbstätigen Frauen aber noch hoch und vor allem der Anteil der Teilzeit-Arbeiterinnen niedrig).

Jedoch war man/frau sich darüber einig, daß weiterhin große Akzeptanz über die Rolle der Frauen im Arbeitsprozeß herrscht, natürlich auch aufgrund der ökonomischen Notwendigkeit.

Im Konnex zur EU und zur EU-Integration wurden nur bedingt Chancen gesehen, die Prozesse in den Reformstaaten positiv zu beeinflussen. Selbst in den meisten EU-Staaten sind ja Gleichbehandlung und Gleichberechtigung weit davon entfernt, verwirklicht zu werden. Die Linien und die Politik der einzelnen EU-Mitgliedsländer im Bereich *gender-equality* sind ja höchst verschieden (man/frau denke z.B. nur an die Unterschiede zwischen Schweden und Griechenland). Judith Timar wies außerdem darauf hin, daß die EU-Mitgliedschaft und Integration natürlich eher für gut ausgebildete, urbane Frauen Chancen und Verbesserungen bringe, während die schlechter qualifizierten Frauen auf dem Land wenig davon hätten.

Etwas enttäuschend war die geringe Präsenz von ÖsterreicherInnen - im speziellen die männlichen Besucher waren im Promillebereich zu suchen. Die Konferenz verlief in guter und konstruktiver Atmosphäre.

Der Grundstein für zukünftige Netzwerke und Kooperationen wurde erfolgreich gelegt.

Wolfgang Gröger
Student der Politikwissenschaft

da capo, ad hoc!

ad hoc [lat.]: 1. [eigens] zu diesem Zweck [gebildet, gemacht]. 2. aus dem Augenblick heraus [entstanden] (Duden. Das Fremdwörterbuch)

1996 kam das Redaktionsteam der von der Katholischen Hochschulljugend herausgegebenen „Wiener Blätter“ zu dem Schluß, daß sich seine Arbeit nur noch schlecht mit dem institutionellen Rahmen, in dem sie passierte, vereinbaren ließ, und gründete eine eigene Zeitung - „ad hoc“ -, die bisher in neun Nummern erschien. Die Redaktion von acht (ehrenamtlichen) MitarbeiterInnen wird bei ihrer Arbeit von wechselnden „außerordentlichen Redaktionsmitgliedern“ unterstützt. Inhaltlicher Schwerpunkt bei „ad hoc“ sind Themen aus Gesellschaftspolitik und Wissenschaft.

Was die Blattlinie angeht, versucht man bei „ad hoc“ dem idealistischen Anspruch gerecht zu werden, eben keine solche zu haben, d.h. einerseits keine *special-interest* Publikation zu sein und darüberhinaus Schubladisierungen zwischen „rechts“ und „links“ zu verunmöglichen. Die Zeitschrift soll im weiten Bereich gesellschaftspolitisch relevanter Themen als Forum für verschiedenste Inhalte und Ansätze dienen (rassistisches, faschistisches und sexistisches Gedankengut ausgenommen).

Abschließendes Resümee nach der Lektüre zweier Hefte und einem Gespräch mit der Redaktion: ambitioniertes Projekt, gefälliges layout, gemacht von StudentInnen, die zwar **kostenlos, aber nicht umsonst** arbeiten.

Bezug: z.B. Buchhandlung Politeia, 9., Währinger Straße 23 oder direkt bei „ad hoc“, Wien 17., Palfygassee 18/2, jeden Dienstag ab 20 Uhr

Europa zwischen Integration und Ausgrenzung

Ein Tagungsbericht

Von Elke Ziegler

Spätestens als **Sonja Punt-scher Riekmann**, Vorsitzende der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft (ÖGPW), mit diesen Fragen die zweite gemeinsame Tagung der ÖGPW und ihrer Schwesterorganisationen in der Schweiz (SVPW) und Deutschland (DVPW) an der Universität Wien eröffnete, war klar, daß es bei der unter dem Titel *„Europa zwischen Integration und Ausgrenzung. Die Europäisierung der Politik als Chance und Herausforderung“* von 5. bis 7. Juni 1998 anberaumten Veranstaltung um mehr gehen würde als um eine Diskussion der Zukunft der EU. Nachdenken über Europa in den verschiedensten Facetten und Richtungen war angesagt und stieß auf großes Interesse.

Daß die Frage nach einer notwendigen Neudefinition der Begriffe *„Nation, Staat, Bürgerschaft und Demokratie“* eindeutig zu bejahen sei, waren sich die TeilnehmerInnen des ersten Arbeitskreises (Leitung: *Herfried Münkler*, Humboldt Universität Berlin) einig. Angesichts der sich auflösenden Nationalstaaten mußten neue Begrifflichkeiten gesucht werden. Damit ergibt sich aber auch die Frage nach den Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis, sind doch *„Geschlechterverhältnisse und Staatlichkeit wechselseitig konstitutiv“* (**Katharina Pühl**).

Die Erwartungen und Zugänge zu supranationalen Integrationsprojekten von feministischer Seite sind vielfältig, wie aus zahlreichen Beiträgen im AK 2 (Eva Kreisky/Birgit Sauer, Wien, Sabi-

„Wo verlaufen eigentlich die Grenzen Europas, wenn man von der fast automatischen Gleichsetzung von Europa mit der Europäischen Union weggeht, und wer bestimmt sie? Von wem muß sich Europa abgrenzen, um seine eigene Identität überhaupt finden zu können, und wie kann die Zukunft des ‚Projekts Europa‘ aussehen?“

ne Lang, Berlin) hervorging. Unbestritten war die Unabdingbarkeit der Kategorie *„Geschlecht“* zur Analyse des Integrationsprozesses, um männlich dominierte Institutionen, Politiken und Diskurse zu entlarven. Hinsichtlich der Erwartungen, die frau angesichts dieses Prozesses haben darf, reichten die Einschätzung von einem *„egalitätsförderlichen Einfluß europäischen Rechts“* (**Sabine Berghahn**) bis hin zur Verbildlichung der EU als ein *„den liberalen Markt sakralisierendes Herrenhaus“* (**Susanne Schunter-Kleemann**).

Das Thema *„Osterweiterung der EU“* wurde in vielen Arbeitskreisen aus verschiedensten Perspektiven diskutiert. Die Diskussionen drehten sich um das Schengener Abkommen und seine Bedeutung für Flüchtlingsströme, die Kosten und Nutzen der Osterweiterung aus Sicht der EU, aber auch der Beitrittsansucher sowie um die *„Chancen einer ‚zivilen Gesellschaft‘ in Europa“*.

Hinsichtlich der Sozialstaaten und Tendenzen der sozialen Ausschließung, die in den Arbeitskreisen 8 und 11 (*E. Tálos*, Wien; *A. Pelinka*, Innsbruck und *H. Steinert*, J.W. Goethe-Uni,

Frankfurt a.M.) behandelt wurden, zog **Gerda Falkner** eine eher resignative Bilanz: *„Die EU sieht Sozialpolitik noch immer als ‚schönste Nebensache‘ Europas, und daran wird sich wenig ändern“*.

Der Zeitpunkt der Tagung – kurz vor Beginn der österreichischen Ratspräsidentschaft – war perfekt. Denn eine – beruhigende – Bilanz kann gerade wegen der manchmal verwirrenden Vielfalt an präsentierten Zugängen und Ansätzen gezogen werden:

Das Projekt Europa ist mehr als ein Verhandlungsergebnis zwischen Mänscherln und Krautwatten.

Das plastisch vor Augen zu führen, ist der ÖGPW, DVPW und SVPW ohne Zweifel gelungen. Wir dürfen hoffen, daß sich der wohlthuend kritische Zugang der ÖGPW zur EU und ihren Institutionen auch im ÖZP-Heft 4/98 wiederfindet, in dem ausgewählte Beiträgen der Tagung publiziert werden.

Elke Ziegler

Absolventin am ipw

femina politica

Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft

Ein Kommunikationsorgan für politisch und politikwissenschaftlich arbeitende Frauen

Etablierte politische Institutionen und Politikwissenschaft sind nach wie vor Männerdomänen.

Um diese Situation zu verändern, ergriff eine Gruppe Berliner Politologinnen 1991 die Initiative, politikwissenschaftlich und politisch arbeitende Frauen in Wissenschaft, politischen Parteien, Verbänden und Institutionen sowie Projekten zu vernetzen. Ergebnis dessen ist der Arbeitskreis "Politik und Geschlecht" in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) und das Netzwerk politikwissenschaftlich und politisch arbeitender Frauen.

Die Berliner Regionalgruppe des Netzwerks gibt seit 1992 einen zweimal jährlich erscheinenden *Politologinnen-Rundbrief* heraus, der Frauen innerhalb und außerhalb der Hochschulen anspricht und über die wissenschaftliche Disziplin hinaus einen Informationsaustausch und die Diskussion zu feministisch-politologischen Themen ermöglicht. Die Umbenennung des Rundbriefes in *femina politica. Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft* im Frühjahr 1997, das neue Erscheinungsbild sowie die Institutionalisierung der Redaktion in Gestalt eines gleichnamigen Vereins stehen in diesem Zusammenhang für eine deutliche Zäsur. Die *femina politica* ist damit die erste feministisch-politikwissenschaftliche Fachzeitschrift im deutschsprachigen Raum.

Die Zeitschrift enthält Beiträge zu einem Themenschwerpunkt. Zum Selbstverständnis der *femina politica* gehört ein ausge-

wogenes Verhältnis zwischen theoretischen und praktischen Themen. Setzte sich der Schwerpunkt des ersten Heftes mit politikwissenschaftlichen Methoden (1/1997) auseinander, ging es im zweiten Heft um das weite und mitunter undurchsichtige Feld der Politikberatung (2/1997). Das Schwerpunktthema von Heft 1/1998 lautet "Neue Ansätze in der feministischen Staats- und Demokratiedebatte". Heft 2/1998 wirft einen feministischen Blick auf den europäischen Integrationsprozeß. Die "Tagespolitik" als zweiter wichtiger Bereich informiert über Mögliches und Unmögliches aus den (hochschul-) politischen Arenen. Themenheft in Planung sind "50 Jahre BRD: Ein feministischer Rückblick" (1/99) und "Körper-Politiken" (2/99).

Daneben bietet die *femina politica* eine Fülle von Informationen, Nachrichten und Ankündigungen. Die Rubriken des Arbeitskreises und der Sektion "Politik und Geschlecht" in der österreichischen Fachgesellschaft sowie die Netzwerk-News dienen der internen Kommunikation. Ein Tagungskalender kündigt wichtige Tagungen im gesamten Bundesgebiet, im europäischen Ausland und weltweit an. Ergänzend dazu informieren Tagungsberichte über Aktualität und Stand gegenwärtig geführter Diskurse. Eine Übersicht über wichtige Neuerscheinungen dokumentiert die Entwicklungen auf dem Buchmarkt, wobei zahlreiche interessante Rezensionen den einen oder anderen (kritischen) Einblick in literarische Untiefen gewähren.

Die Zeitschrift kann bei einer der Kontaktadressen bestellt

werden (*). Die aktuellen Preise für ein Jahresabonnement bitte erfragen; ein Einzelheft kostet DM 28,00.

1998 ist das 2. vollständig aktualisierte Politologinnen-Brevier mit einem Adressverzeichnis und Register der Arbeits- und Forschungsschwerpunkte von deutschsprachigen Politologinnen erschienen. Das Register ist für AbonnentInnen kostenlos, ansonsten kann es gegen eine Gebühr von DM 10,00 bestellt werden.

Redaktion anschrift:

femina politica
Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft
c/o FU Berlin, Otto-Suhr-Institut
Innstraße 21
D-14195 Berlin

Di rektion tak te:

Gabriele Wilde
Artuswall 41a
13465 Berlin
T (030) 401 20 21
F (030) 401 00 659

Gabriele Abels
Technische Universität Berlin
Institut für Sozialwissenschaften
– Politikwissenschaft –
TEL 8-1, Ernst-Reuter-Platz 7
10587 Berlin
T (030) 314-79 403
F (030) 314-79 402
Email:
Gabi.Abels@TU-Berlin.DE

Redaktion femina politica

(*) Im Sekretariat des ipw in der Währinger Str. 17 können ebenfalls Hefte gekauft werden.

Weitere Informationen über den Arbeitskreis und das Netzwerk finden sich im Internet unter:

www.uni-bielefeld.de/IFF/fraueninfo/netz/forsch/faecher/politik/poli n0.htm.

Parlamentsbibliothek

Von Patrizia Glaninger-Winkler

Die Parlamentsbibliothek in Wien steht den Abgeordneten zum Nationalrat, den Mitgliedern des Bundesrates, den österreichischen Mitgliedern des Europäischen Parlaments, den Bediensteten der Parlamentsdirektion, den Angestellten der parlamentarischen Klubs und den parlamentarischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Verfügung. Aber auch "externe" Leser und Leserinnen, das sind alle an der parlamentarischen Arbeit Interessierte, haben in einem etwas eingeschränkteren Maße als der "primäre BenutzerInnenkreis" Zugang zum Bibliotheksbestand.

Dieser Bestand umfaßt derzeit mehr als 270.000 Bücher, 600 laufende Fachzeitschriften und Zeitungen, 250 Loseblattausgaben und zahlreiche Datenbanken auf CD-ROM oder online.

Es werden in erster Linie in- und ausländische Parliamentschriften, Gesetz- und Verordnungsblätter, oberstgerichtliche Entscheidungen, grundlegende Werke des Rechts, der Staatslehre und des Parlamentarismus, der Politik, der Volkswirtschaft, der Soziologie und der Europäischen Integration gesammelt (1).

Die Bibliothek ist grundsätzlich eine Präsenzbibliothek und direkt im Parlamentsgebäude im 1. Wiener Gemeindebezirk, Dr. Karl Renner-Ring 3 angesiedelt. Empfehlenswert ist es, den Zugang am Tor 4 in der Reichsratsstraße (Rückseite des Parlamentsgebäudes) zu benutzen, da dieser den kürzesten Weg zur Bibliothek bietet.

Alle österreichischen Gesetzesausgaben und Kommentare sind hier im Lesesaal aufgestellt. Kommentierte Ausgaben von grundlegenden Materien stehen ebenfalls in mehrfacher Ausgabe zur Verfügung.

"Die Stenographischen Protokolle des Reichsrates (Abgeordnetenhaus und Herrenhaus) sowie jene der Provisorischen Nationalversammlung, der Konstituierenden Nationalversammlung und des Nationalrates und Bundesrates der 1. Republik sind mikroverfilmt. Die Mikrofiches sind via Reader-Printer im Lesesaal der Parlamentsbibliothek zugänglich." (2)

Aktuelle, noch nicht gebundene Zeitschriften und Zeitungen können im Zeitschriftenaal in der Reichsratsstraße 1 im 2. Stock (hinter dem Parlament gelegendes Gebäude) eingesehen werden.

Ebenfalls von der Parlamentsbibliothek angeboten werden Datenbanken auf CD-ROM. Zur Auswahl stehen dabei u.a.: Archiv der Gegenwart, Celex-Justis: Rechtsdatenbank der EG, Deutsche Nationalbibliographie (DB), Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes (VwGH), Verfassungsrecht (VfGH), Verzeichnis lieferbarer Bücher (VLB), Österreichische Historische Bibliographie. Außerdem verfügt sie über diverse Online-Anschlüsse (z.B. BIBOS, Internet) (3). Der INTERNET-ZUGANG zum elektronischen Katalog (OPAC - online public access catalog) der österreichischen Parlamentsbibliothek wird derzeit

aufgebaut. Bis zu seiner Realisierung steht im EDV-Raum der Bibliothek eine Einzelplatzversion zur Verfügung. (4)

Patrizia Glaninger-Winkler
Parlamentarische Mitarbeiterin
(SPÖ) und Diplomandin der Politikwissenschaft

(1) vgl. <http://parlament.gv.at/>, unter Services, Bibliothek, 1997

(2) Informations-Service-Leistungen des parlamentarisch-wissenschaftlichen Dienstes der Parlamentsdirektion, Jänner 1996, L3.2 - Bibliothek, 6

(3) vgl. Informations-Service-Leistungen des parlamentarisch-wissenschaftlichen Dienstes der Parlamentsdirektion, Jänner 1996, L3.2 - Bibliothek, 6-7

(4) <http://www.parlament.gv.at/>, unter Services, Bibliothek, 1997

Anschri ft:

Dr. Karl Renner-Ring 3
A-1017 Wien

Tel. +43-1-40110-2285 (zentraler Informationsdienst)

+43-1-40110-2856 (Zeitschriftenaal)

+43-1-40110-2819 (Bibliotheksleitung)

Fax: +43-1-40110-2825

In ternet:

<http://www.parlament.gv.at/>
Parlamentsbibliothek online:
bibliothek@parlament.gv.at

Öffnungszeiten: Montag und Freitag 08.30 - 15.30 Uhr

außer an Sitzungstagen des Nationalrates und des Bundesrates

In der tagungsfreien Zeit (Mitte Juli - Mitte September) ist die Bibliothek für "externe" Leser und Leserinnen geschlossen.

Bücher

Eine Auswahl von Neuerwerbungen der Institutsbibliothek

ARMBRUSTER, L. Christof/Ursula Müller/Marlene Stein-Hillers (Hg.): Neue Horizonte? Sozialwissenschaftliche Forschung über Geschlechter und Geschlechterverhältnisse, Leske+Budrich, Opladen 1995, 21.606

ASSMANN, Aleida/Jan Assmann (Hg.): Schleier und Schwelle. Geheimnis und Öffentlichkeit, Wilhelm Fink Verlag, München 1997, 21.484

AXTMANN, Roland (Hg.): Globalization and Europe. Theoretical and Empirical Investigations, Pinter Verlag, London 1998, 21.609

BECK, Ulrich (Hg.): Politik der Globalisierung, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1998, 21.682

FLOBMANN, Ursula (Hg.): Recht, Geschlecht und Gerechtigkeit. Frauenforschung in der Rechtswissenschaft, Universitätsverlag Rudolf Trauner, Linz 1997, 21.607

FREVERT, Ute (Hg.): Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jhd., Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 1997, 21.679

HEARN, Jeff: The Violence of Men, Sage Publications, London. Thousand Oaks. New Delhi 1998, 21.685

HOHM, Hans-Jürgen (Hg.): Straße und Straßenkultur. Interdisziplinäre Beobachtungen eines öffentlichen Sozialraumes in der fortgeschrittenen Moderne, UVK. Universitätsverlag Konstanz, Konstanz 1997, 21.599

KÖCHLER, Hans: Neue Wege der Demokratie. Demokratie im globalen Spannungsfeld von Machtpolitik und Rechtsstaatlichkeit, Springer Verlag, Wien. New York 1998, 21.653

KÜHNE, Thomas (Hg.): Männergeschichte Geschlechtergeschichte. Männlichkeit im Wandel der Moderne, Campus Verlag, Frankfurt/New York 1996, 21.673

LEGGEWIE, Claus/Christa Maar (Hg.): Internet und Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie, Bollmann Verlag, Köln 1998, 21.615

LEIBFRIED, Stephan/Paul Pierson (Hg.): Standort Europa. Europäische Sozialpolitik, edition suhrkamp, Frankfurt am Main 1998, 21.608

LEWIS, Jane (Hg.): Women an Social Policies in Europe. Work, Family and the State, Edward Elgar Verlag, Bodmin 1993, 21.757

MACHIAVELLI, Niccolò: Das Leben Castruccio Castracanis aus Lucca. Übersetzt und hrsg. von Dirk Hoeges, Verlag C.H. Beck, München 1998, 21.627

MESSNER, Dirk (Hg.): Die Zukunft des Staates und der Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Steuerung in der Weltgesellschaft, Dietz Verlag, Bonn 1998, 21.613

MODENA, Emilio (Hg.): Das Faschismus-Syndrom. Zur Psychoanalyse der Neuen Rechten in Europa, Psychosozial-Verlag, Gießen 1998, 21.628

PREGLAU, Max/Rudolf Richter (Hg.): Postmodernes Österreich? Konturen des Wandels in Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Kultur, Schriftenreihe des Zentrums für angewandte Politikforschung Bd. 15, Wien 1998, 21.616

SIEFERLE, Rolf Peter/Helga Breuninger (Hg.): Kulturen der Gewalt. Ritualisierung und Symbolisierung von Gewalt in der Geschichte, Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York 1998, 21.631

SRUBAR, Ilja (Hg.): Eliten, politische Kultur und Privatisierung in Ostdeutschland, Tschechien und Mitteleuropa, UVK Universitätsverlag Konstanz, Konstanz 1998, 21.600

WICHTERICH, Christa: Die globalisierte Frau. Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit, Rowohlt TB Verlag, Reinbek bei Hamburg 1998, 21.603

Die angeführten Nummern vereinfachen eine Entlehnung der gewünschten Titel in der Institutsbibliothek (siehe letzte Seite).

Zusammengestellt von
Brigitte Neichl

Diplom

- **Betreuung John Bunzl**

PULFER Gerhard: Die Polit-ökonomischen Aspekte des Israelisch-Palästinensischen Konflikts

- **Betreuung Wolfgang Dietrich**

INGRUBER Daniela: Vom Sinn und Unsinn der europäischen Friedensarbeit in Zentralamerika. Beispiel El Salvador

- **Betreuung Peter Gerlich**

BÖHM Herbert: Österreichs Flüchtlingspolitik unter dem speziellen Aspekt des Assistenzeinsatzes des österreichischen Bundesstaates

GAGGL Martin: Integration durch Repräsentation

MIEHL Beatrix: Woman and a culture of Peace

MÜLLER Jeanette: Ehe und Familie. Zur Politik des Privaten

SCHMID Helga: Verwaltungsreform in Österreich am Beispiel der Ministerialbürokratie (Statusquo, Reformansätze und Entwicklungsperspektiven)

VOLZ Gerhard: Alternative Schulformen innerhalb des österreichischen Bildungssystems

ZILAHY Alessandra: The OSCE Mission in Georgia

- **Betreuung Hans-Georg Heinrich**

EKICI Sirvan: Frau und Politik in der Türkei

ERTUGRUL Ruhsar: The inputs of Turkish Woman to the economy in Turkey in the period of 1985-1995

JENEY Maria: Revolution in Ungarn 1956

MAHMOUD Salim: Kurdistan nach dem 2. Golfkrieg

SPRENGER Tatjana: Die Rolle der Kommunikation in der Systemtheorie am Beispiel der politischen Öffentlichkeit

SUSLIK Zyta: Die Systemtransformation und der damit einhergehende Wandel der polnischen Gesellschaft

YEGITIL Esra: Der Einfluß des Fernsehens auf die politische Kultur, dargestellt am Bsp. Der Türkei 1983 - 1993

- **Betreuung Otmar Höll**

SEMLER Renate: "Frauen und Gender" in der öffentlichen EZA und in der EZA der Katholischen Kirche Österreichs - Institutionenvergleich und Fallstudien

- **Betreuung Helmut Kramer**

HASSLER Wolfgang: Der Kleinstaat Schweiz in einem sich wandelnden Europa der Europapolitik der Schweiz

- **Betreuung Eva Kreisky**

JOPP Sandra: Die Bedeutung des Beitritts Österreichs zur europäischen Union für die Frauenförderung in Österreich

KAROLY Mirjam: Österreichs Minderheitspolitik in der 2. Republik am Beispiel der Volksgruppe der Roma und Sinti

KÖCHL Sylvia: Die Konstruktionen einer Opfergesellschaft am Beispiel des postfaschistischen Österreich

KÖNIG Gudrun: Islamistische Bewegungen und deren Bedeutung für das Geschlechterverhältnis

PURKHART Markus: Geheimdienst in Österreich

RAUSCHER Rosemarie: Politik im Untergrund

RÖSSLHUMER Maria: Die "Freiheitlichen" und deren Faszination für Frauen

SCHNEIDER Belinda: Reproduktion der Geschlechterdifferenz im Sozialstaat

WATANABE Megumi: From Enmity to Partnership

ZECH Sandra: Die Rezeption feministischer Entwicklungskonzepte durch Vereinte Nationen und Weltbank

- **Betreuung Alfred Klose**

LÖWY Michael: Persönlichkeitswahl in Österreich

WEBER Roland: Wohnen als Grundbedürfnis des Menschen und Gestaltung der Wohnungspolitik aus der Sicht der Parteien

- **Betreuung Wolfgang C. Müller**

STEINER Gerhard: Österreich bei der Entstehung der IPPC-Richtlinie: Herausforderung und Strategie der umweltpolitischen Akteure ein Jahr nach dem EU-Beitritt

- **Betreuung Heinrich Neisser**

HREN Karl: Die EU-Osterweiterung und EU-Lobbying am Beispiel der Republik Slowenien

HÜTTERER Christian: Die baltischen Staaten auf dem Weg in die Europäische Union

LAGGER Franz: Das Wirtschaftlichkeitsgebot in der sozialen Krankenversicherung

MANDL Christian: Dynamische Interpretation der pol. Entwicklung in Südtirol unter besonderer Berücksichtigung der Durchführung des "Südtirol-Pakets" 1992

MÜLLER Irmgard: Das Verwaltungssystem Schwedens

SABADITSCH Christine Felicitas: Die Auswirkungen des Zypern-Konflikts und der Beitrittsverhandlungen in Zypern auf die EU-Präsidentschaft Österreichs 1998

WEISS Katharina: Aspekte der Verwaltungsreform in der Überprüfung der Geschäftsführung der Bundesregierung durch den Nationalrat während der XVIII und XIX Gesetzgebungsperiode

WENDT Natascha: Die Rolle der EU-Präsidentschaft im integrationspolitischen Prozeß. Österreichs Herausforderung für 1998?

WOSIKNOJ Markus: Die Partizipationsmöglichkeiten von Regionen in der Europäischen Union

- **Betreuung Wolfgang Pesendorfer**

MARIACHER Anton: Souveränitätsbegriff im Wandel westeuropäischer Sicherheitspolitik im Hinblick auf den Souveränitätsbegriff

- **Betreuung Werner Pleschberger**

MAGOR Walter: Ziele, Strategien, Aktionsformen und Wirkungen von NGOs im Kampf gegen die Kernenergie

MAIER Bernhard: Politische Aspekte organisierter Kriminalität

PRACHAR Robert: Umweltsituation und Umweltpolitik in der Tschechischen Republik nach 1989

- **Betreuung Sonja Puntscher Riekmann**

MARMSOLER Karin: Die Zukunft nationaler und regionaler Minderheiten in Westeuropa: Gewinner oder Verlierer im europ. Integrationsprozeß. Fallstudie: Südtirol

- **Betreuung Ingrid Schütz-Müller**

BERNECKER Arabel: Chancen und Grenzen der präventiven Diplomatie in Europa anhand von Jugoslawien und Gus - interner Konflikte

HOJNI Martin: Regionale Ansätze eines multilateralen Konfliktmanagements in innerstaatlichen Konflikten

HUBER Johannes: Österreich und die westeuropäische Union als neutraler Staat in das Bündnis?

MESSNER Adél: Volksgruppenpolitik in Mitteleuropa

- dargestellt am Beispiel der ungarischen Volksgruppe in Österreich und der deutschen Volksgruppe in Ungarn

NOUIRA-WEISSENBOCK Martina: Die islamische Herausforderung in Algerien und ihre Wirkung auf Frankreich

POSSARNIG Natalie: Die PSOE gegen ETA: 14 Jahre im Kampf gegen den Terrorismus

PÜLZL Helga: Der Einfluß der deutschen und italienischen Innenpolitik auf den europäischen Integrationsprozeß unter besonderer Berücksichtigung des Politikfeldes Europäische Währungsunion

ROZHON Ingrid: The reform process of the United Nations especially regarding the security council the Secretland and the peace keeping

SCHULER Robert: Die Rolle und das Handeln des UN-Sicherheitsrates in der Haiti-Krise

TRINKER Michael: Die österreichisch-französischen Beziehungen in den 90er Jahren

- **Betreuung Gernot Stimmer**

BULUT Nihat: Der Zypern-Konflikt - griechische und türkische Aspekte - Lösungsansätze

- **Betreuung Emmerich Tálos**

GANTNER Annette: Arbeitsmarktpolitik in Österreich und Australien - Ein Vergleich

HERMANN Christoph: Österreichische Gewerkschaftspolitik nach 45 auf dem Hintergrund des Fordismus-Konzeptes

HOLPFER Eva: Volkserrichtbarkeit und Verbrechen an ungarischen Juden im Burgenland

KOLLER Jan: Eine Analyse des Wiener Integrationsfonds im Kontext sozialdemokratischer Interessenspolitik

LOSENICKY Daniela: Frauenarbeit und Krieg. Am Beispiel Österreich

MÜHLBERGER Ulrike: Atypische Beschäftigung in Österreich. Sozial- und arbeitspolitische Implikationen atypischer Beschäftigungsverhältnisse

SEBALD Marisa: Sozialpartnerschaft und Sparpolitik - zum Wandel politischer Entscheidungsprozesse am Beispiel der Strukturanpassungsgesetze 1995 und 1996

ZACH Dietmar: KSV und VSSÖ: Zwischen Zusammenarbeit, Konkurrenz und Verleumdung: Theoretische Perspektiven und politische Praxis

- **Betreuung Karl Ucacar**

AFENZELLER Diana: Kollektivvertragspolitik der Gewerkschaft: Metall-Bergbau-Energie unter besonderer Berücksichtigung tarifpolitischer Europäisierungstendenzen

BERNDT Andreas: Der österreichische Sozialstaat unter dem Aspekt der Europäischen Integration

GRATZER Christian: Die dritte Republik - Das Gesellschaftsmodell der "Freiheitlichen" im Vergleich zu den Förderungen der NSDAP zwischen 1920 und 1933

STRAHLBERGER Gabriele: Politisches Marketing von SPÖ und ÖVP

WADL Gerald: Möglichkeiten und Herausforderungen für den Föderalismus in Österreich

WIMMER Christian: Sozialdemokratische Medienpolitik

- **Betreuung Peter A. Ulram**

SCHENK Gerhard: Die Parlamentskultur der österreichischen Bevölkerung, Veränderung und Reaktionen der politischen Parteien

Die Diplomarbeiten sind in der Bibliothek des ipw - 1090, Währinger Straße 28 - einsehbar.

Institut für Politikwissenschaft

Grund- und integrativwissenschaftliche Fakultät (GRUWI)

internet: <http://www.univie.ac.at/politikwissenschaft>

Währinger Straße 28

Administration Tel.: 4277-47704

(1.Stock, links vom Aufgang)

Zuständig für: Prüfungsanmeldung, Verkauf von Copycards und diversen Broschüren, z.B. Info-Pol 3, Auskunftserteilung über Erreichbarkeit der LektorInnen, Abgabemöglichkeit von Arbeiten.

Öffnungszeiten: Mo-Do 10-12 und 13.30-15.30, Fr 10-12

Sekretariat Tel.: 4277-47706

(1.Stock, rechts vom Aufgang)

Zuständig für: Prüfungs- und Studienangelegenheiten (Einreichen von Fächerkombinationsanträgen, FLAG-Bestätigungen, Prüfungspässen, etc.)

Öffnungszeiten: Mo-Fr 10-12, Di, Do 14-16

Bibliothek Tel.: 4277-47708

(Parterre links)

Präsenzbestand; Entlehnung bis zu einer Woche

Öffnungszeiten: Mo-Mi 10-19, Do 11-19, Fr 10-16

Währinger Straße 17

Sekretariat Tel.: 4277-47702

Öffnungszeiten: Mo-Mi 9.00-12.00 u. 13.30-15.30
Do 9.00-16.00, Fr 9.00-12.00

Computerraum

Benützung für DiplomandInnen/DisserantInnen

Anmeldung im Sekretariat erforderlich

Öffnungszeiten: siehe Sekretariat

Redaktion Politix Tel.: 4277-47712

Studienrichtungsvertretung

Tel.: 4277-47709

Zimmer 501

Schwerpunkte in Lehre & Forschung

Politische Theorie und Ideengeschichte;
Politisches System Österreichs;
Vergleichende Politikwissenschaft;
Internationale Beziehungen;
Politische Kulturforschung;
Politikwissenschaftliche Methoden;
Frauen- und Geschlechterforschung;
Europäische Union.

Institut für Staats- und Politikwissenschaft

Sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Fakultät (SOWI)

internet: <http://www.univie.ac.at/Politikwissenschaft-Sowi>

neu !



Hohenstaufengasse 9/7

Sekretariat Tel.: 01/4277-38301

Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr, 9-12.30, Di, Do 9-16.30

Fachbibliothek Tel.: 01/4277-16414

Präsenzbestand; Entlehnung für einen Tag, auch übers Wochenende möglich

Öffnungszeiten: Mo, Fr 10-15, Di, Do 11-17

Schwerpunkte in Lehre & Forschung

Politisches System Österreichs;
Demokratie, Korporatismus und Faschismus;
Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik;
Europäische Integration.

Buchhandlung Politeia

Buchhandlung für wissenschaftliche Literatur

Währinger Straße 28 Tel.+Fax: 01/402 55 304

Verkauf von Vorlesungsskripten, Info-Pols, Who is Who, u.ä.